Landesjugendring Hamburg e.V.

Aus Spiel wird Ernst

Wie Computerspiele in den Wahlkampf ziehen

3/08

HausTicker

Senator Wersich, Staatsrätin Kempfert und die LJR-Vorsitzenden auf der Vollversammlung

VV mit Senator. Ein offener Diskursstil prägte den Besuch des neuen Senators **Dietrich Wersich** beim Landesjugendring. Der Präses der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz stellte sich auf der Vollversammlung (VV) am 4. Juli 2008 der Diskussion über die Themenfelder der verbandlichen Jugendarbeit und darüber hinaus. Thematische Grundlage der Debatte bildete das Positionspapier »Freie und junge Stadt Hamburg«, in dem der Landesjugendring zum Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis 90 / Die Grünen, GAL Stellung bezogen hat (vgl. punktum 2-2008). In Begleitung von Staatsrätin **Dr. Angelika Kempfert** hielt der Senator keine politische Sonntagsrede allein zum Gefallen seiner Zuhörer, sondern klopfte ab, was Hamburger Jugendverbände und der Landesjugendring unter den Stichworten Bildung, Partizipation, Ehrenamt, deren Förderung sowie Kinder- und Jugendrechten verstehen. So entspann sich eine mitunter auch kontroverse Debatte, die beiden Seiten eine Fülle von neuen Impulsen und Argumenten lieferte. Der Senator Wersich hörte genau zu, fragte kritisch nach und machte vor allem deutlich, dass Forderungen aus dem Jugendverbandsbereich nur dann eine Chance auf politische Realisation haben, wenn sie aus dem engen Zirkel partikularer Interessen heraustreten und sich an den allgemeinen Zielen der Förderung, Bildung und Integration junger Menschen in die Gesellschaft orientieren. Seine Richtschnur für künftige Entscheidungen beschrieb Senator Wersich anhand der Kriterien Nachhaltigkeit und Integration.

Beim Thema Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit an Ganztagesschulen konnte ein Neuansatz gefunden werden. Senator Wersich sagte zu, bei der Fortschreibung der Rahmenvereinbarung den Landesjugendring nicht nur zu beteiligen, obwohl dieser jene gar nicht unterschreiben hatte, sondern auch die Spezifika von Jugendverbandsangeboten an Ganztagesschulen zukünftig besser zu berücksichtigen.

Gestalterische Schnittstellen zeigten sich ebenso bei der Frage der Partizipation junger Menschen in ihrer Lebenswelt. Für Senator Wersich ist die angemessene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ein wichtiges Thema auf seiner politischen Agenda. Geeignete Verfahren dafür zu finden, dürfte in den Debatten der (fach-) politischen Öffentlichkeit Hamburgs auch weiterhin eine große Rolle spielen.

Dass dieser gelungene Einstieg in die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Landesjugendring keine Eintagsfliege sein wird, machte der Senator, der in seiner Jugend in der Deutschen Reformjugend aktiv war, abschließend deutlich: binnen Jahresfrist soll ein weiteres Gespräch mit dem Landesjugendring stattfinden. (jg)

Inhalt

Kommentar

3 **Jugendverbände machen Schule – oder besser nicht?**
Eike Schwede, LJR-Vorsitzender

Titelthema: Aus Spiel wird Ernst – Wie Computerspiele in den Wahlkampf ziehen

4 **Mr. Mario Goes to Washington**
Sebastian Deterding, Universität Utrecht

Vorsicht, Vielfalt!

7 **Kittlitz – eine Ferienfreizeit mit ungewöhnlicher Vorgeschichte**
Partner mit Perspektiven: das Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt und der Altonaer Spar- und Bauverein kooperieren erstmals bei einer Ferienfreizeit
Julia Sammoray, Jakob Immer, (Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt) und Frank Krolak (Altonaer Spar- und Bauverein)

10 **Statements zur neuen Regelung der Studiengebühren**
Junge Studierende aus den Hamburger Jugendverbänden beziehen Stellung

12 **respekt* geht in die 6. Runde!**
Jan Jetter, Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände

13 **Jugendkonferenz Bergedorf**
Jörg Kowalczyk und Katty Nöllenburg, Institut für konstuktive Konfliktaustragung und Mediation

Serie: WirkungsStätten
16 **»... und jetzt noch die Erde retten!«**
Ein Besuch bei der BUND-Jugend
Christian Kahlstorff, Hamburg

Nachrichten

19 **Land in Sicht!**

Meldungen
»Alternative Stadtrundfahrten«

Impressum

punktum ist die vierteljährliche Publikation des Landesjugendringes Hamburg e.V. Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Autors, aber nicht unbedingt die Meinung des Vorstandes wieder.

Redaktion: Jürgen Garbers **Layout und Gestaltung:** Raul Roßmann **Photos:** (soweit nicht namentlich gekennzeichnet): Jürgen Garbers (LJR).

V.i.S.d.P.: Gregor Best c/o LJR, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg. Preis im Mitgliedsbeitrag inbegriffen.

Verlag: Landesjugendring Hamburg e.V.; Güntherstr. 34, 22087 Hamburg; Tel.: 31 79 61 14; Fax: 31 79 61 80; info@ljr-hh.de; www.ljr-hh.de.

Auflage: 2.300 Exemplare **punktum** wird gefördert mit Mitteln der Freien und Hansestadt Hamburg, Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz. **Druck:** Nehr & Co. GmbH, Antonie-Möbis-Weg 3, 22523 Hamburg; gedruckt auf umweltfreundlichem Papier.

Kommentar

Jugendverbände machen Schule – oder besser nicht?

Neben vielen anderen Projekten und Reformen plant die neue Behörde für Schule und Berufsbildung auch eine Novellierung der Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit an Ganztagesschulen. »Gut«, möchte man sagen, haben wir als Landesjugendring doch die alte Vereinbarung mangels tragfähigem Inhalt nicht unterzeichnet.
Somit kann man die Initiative als Chance verstehen, eine neue und aussagekräftige Kooperationsgrundlage zu schaffen.

Jugendverbände machen Schule?

Nein.
Angebote von Jugendverbänden können Bestandteile der regulären Stundentafel nicht ersetzen. Dies gilt auch und gerade für solche Fächer, die eventuell fachlich manchen Verbänden nahe stehen wie Musik, Sport oder Religion. Engagement und Teilhabe an Aktivitäten von Jugendverbänden erfolgt immer auf freiwilliger Basis und nicht aufgrund von Lehrplänen. Dies ist keine hohle Phrase – sondern vielmehr die Grundlage von selbstorganisierten Tätigkeiten und Strukturen. Ein Zwang zum Engagement und zur Übernahme von Verantwortung für andere wirkt offensichtlich als Widerspruch.

Jugendverbände machen Schule?

Ja.
Die Vision ist eigentlich einfach. Im Rahmen der ergänzenden und freiwillig wählbaren Angebote im Ganztagesprogramm ist es durchaus denkbar, dass neben den Angeboten der Schulen auch die Angebote von Jugendverbänden stehen könnten und somit gemeinsam der Ganztag gestaltet wird. Hiermit gäbe es die Chance, Jugendlichen über die Schule hinaus die Möglichkeit zu erschließen, eigene Grenzen auszutesten und Verantwortung zu übernehmen. Grundlage hierfür ist, dass die Schule die Logik, nach der Jugendverbände funktionieren, anerkennt. Denn ein Kurs beispielsweise, in dem ein Pfadfinder einmal in der Woche den Schülern etwas über Gruppenerlebnisse berichtet, vermittelt die Lebenswelt der Jugendverbandsarbeit allenfalls theoretisch. Die lebendige Erfahrung erfordert vielmehr das Mitmachen und Mitgestalten im selbstorganisierten und selbstverantworteten Rahmen. Wenn also die Bildungskompetenzen der Jugendverbände in das schulische Ganztagesprogramm einfließen sollen, erfordert dieses die Teilhabe der Schüler am ganz normalen »Alltagsleben« der Jugendverbände. Und warum sollte die Gestaltung der Ganztagesschule nicht auch teilweise unabhängig von dem Ort – also ob innerhalb oder außerhalb des Schulgeländes – möglich sein? So könnten Schüler in ihrer Pfadfindergruppe oder ihrem Sportverein im Rahmen der regulären Schulzeit aktiv werden.

Hier liegen für Schulen, ihre Schüler und Jugendverbände große Chancen: Schulen könnten das Ganztagesprogramm vielfältig und lebendig gestalten. Auch Schüler, die im schulischen Alltag ihre Potentiale nicht ausschöpfen, könnten Bestätigung und Freude erfahren. Und Jugendverbände könnten neue Zielgruppen für sich erschließen.

Für uns als Jugendverbände bedeutet dies neue Anforderungen im Hinblick auf die Qualifizierung von Jugendleitern und ebenso bei der zeitlichen und räumlichen Gestaltung von Angeboten. Die Herausforderung ist, die Jugendverbandsarbeit langfristig so zu entwickeln, dass sie weiterhin ihre Eigenständigkeit im gesellschaftlichen Kontext bewahrt.

Eike Schwede
LJR-Vorsitzender

Mr. Mario Goes to Washington

Wie Computerspiele in den Wahlkampf ziehen

Von Sebastian Deterding, Universität Utrecht

»Serious Games«, ernste Spiele, heißt ein neues Genre von Computerspielen, die für Bildung, Schulung, Werbung eingesetzt werden – oder für politische Kommunikation. Modewelle oder Zukunftsmarkt: Dieser Artikel vergleicht Entwicklungen in Deutschland und den USA und gibt Einblick in die Forschung zum Thema.

Das gibt es nur in Amerika: Zum finalen Showdown treffen die beiden Präsidentschaftskandidaten im von Musik und übergroßen Video-Animationen pulsierenden WWE Wrestling-Stadion aufeinander. Den ersten Auftritt hat der Herausforderer. Lässig die Schultern kreisend, federt er auf sein Podest, klatscht die Hände auf beide Knie und springt dabei in eine gespannte Hocke, aus der er die Menge mit einem Kampfschrei anheizt, unterstützt von einer Lafette Feuerwerk in seinem Rücken. Dann die Verteidigerin: Im roten Kostüm, der Laufsteg zum Ring scheint ihr ein Trampolin zu sein. Geschmeidig schlüpft sie zwischen den armdicken Ringseilen aus Gummi hindurch, um dann auf eine Ringecke zu springen und mit ausholender Geste eine Runde Gejohle aus den Zuschauerrängen einzustreichen. Richtig erkannt, das Match heißt *Barrack vs. Hillary*.

Keine Angst, Sie haben keine absurde Episode des demokratischen Kandidatenrennens für die amerikanische Präsidentschaft 2008 verpasst. Die wörtlich genommene Metapher vom Wahlkampf als Duell verdanken wir dem Spiele-Entwickler THQ Games und seinem Spiele-Editor *WWE Smackdown vs. RAW 2008* – sowie gut einem Dutzend weiterer Varianten von Online-Box- und Karatespielen, in denen man Obama und Clinton gegeneinander antreten lassen kann. Wen es nach Abwechslung verlangt, der kann in Presidential Paintball im Weißen Haus Mitbewerber um die Präsidentschaft mit Farbe eindecken. Oder man versucht, als John McCain mit Vetos teure Staatsgefälligkeiten an Lobbygruppen abzuschießen – in Pork Invaders, einem Klon des klassischen Space Invaders, den das Kampagnenbüro des republikanischen Präsidentschaftskandidaten im Juni 2008 auf der sozialen Netzwerkseite Facebook einstellte.

»Barrack vs. Hillary«

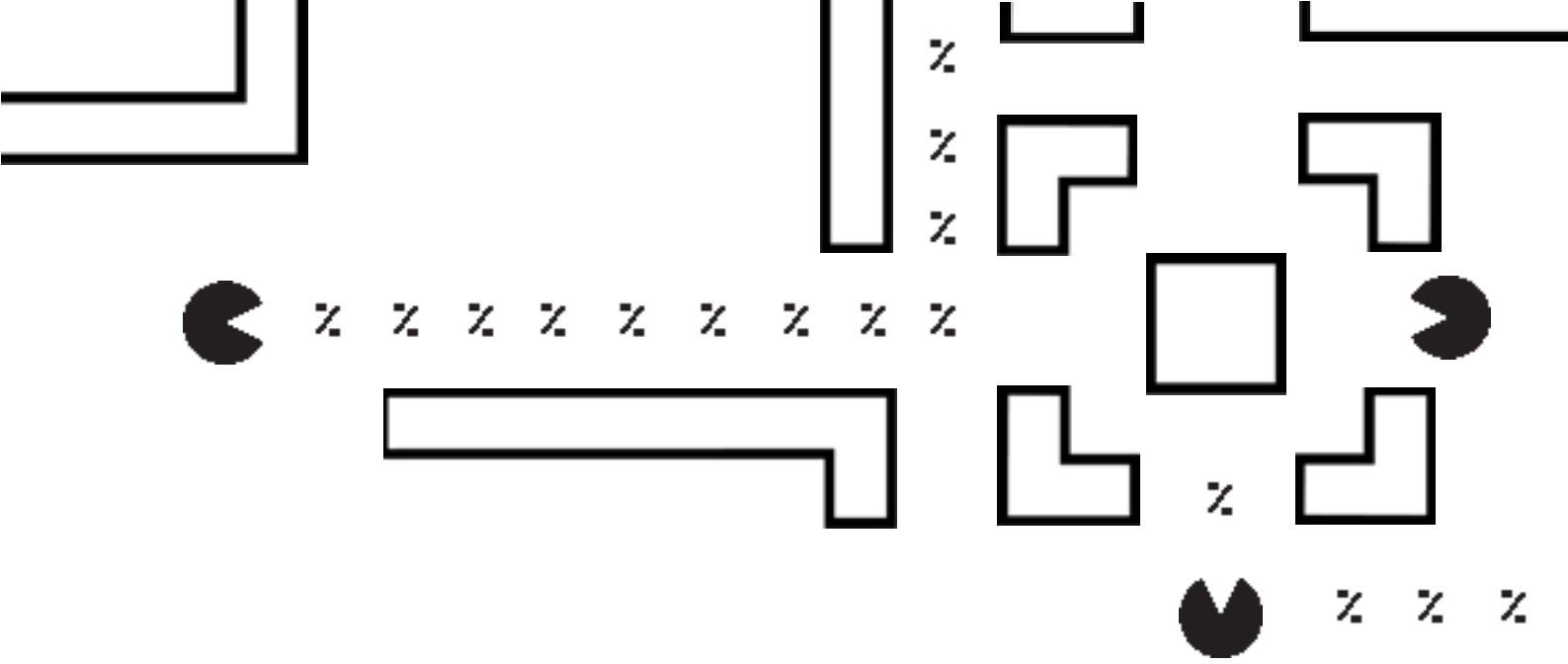
Kandidaten-Karate

Nun gilt der amerikanische Präsidentschaftswahlkampf zu Recht international als das Laboratorium für neue Formen politischer Kommunikation – und als Messlatte für Qualität und Innovationsreichtum der Wahlspektakel im eigenen Land. Entsprechend liest sich die aktuelle Berichterstattung: Da wird zum einen der souveräne Einsatz von Web 2.0-Angeboten wie YouTube, twitter, Facebook und MySpace in den US-Kampagnen bewundert, stets mit dem Hinweis, dass sich Barrack Obamas Erfolg vor allem den enormen Online-Spenden von Privatpersonen verdankt. Zum anderen wird halb bedauernd, halb spöttisch der im Vergleich altbackene Wahlkampf in Deutschland gegenübergestellt. »Obama online, Ole offline« heißt es dann etwa in der ZEIT. Wenn nun aber Obama und McCain neben Webvideos und Twitter-Meldungen auch Computerspiele lancieren – könnte es da sein, dass jene kleinen digitalen Scharmützel mehr sind als Spielerei im Wortsinne? Sind Videospiele vielleicht gerade dabei, sich als ernst zu nehmendes Medium der Politik zu etablieren? Und wenn ja, wo sind die deutschen Politspiele?

Keine Frage, Computerspiele sind das große »neue« Medium neben dem Internet, und verschmelzen mit diesem zunehmend: Laut einer Studie aus dem Jahr 2004 haben mehr Jugendliche in den USA Zugang zu Spielen als zum Web. Dazu finden sich in der Prime Time von acht bis zehn Uhr abends mehr von ihnen vor der Spielkonsole als vorm Fernseher. Spiele sind die am stärksten wachsende Branche im Medienmarkt: 2007 machte sie allein in Deutschland rund 1,36 Mrd. Euro Umsatz, absehbar werden Videospiele in den nächsten Jahren die Musikbranche an Umsätzen überholen. Online-Rollenspiele und virtuelle Welten wie *World of Warcraft* und *Second Life* füllen die Lifestyle- und Feuilleton-Spalten der großen Nachrichtenmagazine, und die Spiele entwachsen langsam dem Klischee der Nischenunterhaltung für männliche pubertierende Nerds: Immer größer, immer älter und immer weiblicher wird die Gemeinde der Computerspieler. Zeitgleich stecken Militär, Hochschulen und Unternehmen weltweit hunderte Millionen in die Erforschung und Entwicklung von Serious Games – dem Einsatz von Computerspielen zu »ernsten« Zwecken wie Training, Bildung und Rehabilitation.

Aus Spiel wird ernst – wortwörtlich

Um nur ein Beispiel zu geben: Der 2002 von der US Army kostenlos ins Netz gestellte Online-



Shooter *America's Army* gilt als die erfolgreichste Rekrutierungsoffensive seit langem, mit aktuell (April 2008) über neun Millionen registrierten Nutzerkonten. Der Clou: Laut Selbstaussage bietet einem das Spiel die Möglichkeit, einmalig realistisch Ausbildung und Missionen realer US-Soldaten nachzuerleben. Zeigen sich Spieler dabei erfolgreich und steigen in den öffentlichen Highscores auf, werden sie in den Online-Foren zum Spiel von realen Veteranen angesprochen: Ob sie ihr virtuelles Talent nicht auch in reale Taten umsetzen wollen?

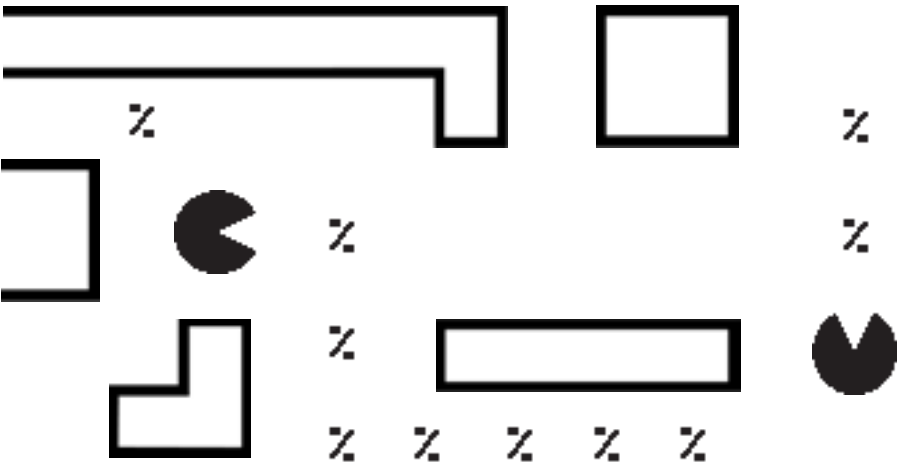
America's Army ist damit zum tausendfach zitierten Modell des kleinen, aber rasant wachsenden Spiele-Genres der »Persuasive Games« geworden – Spiele, die überzeugen wollen, sei es als Werbung, sei es als politische Propaganda – oder als sozialkritischer Kommentar. Das kleine Flashspiel *September 12th* etwa gibt den genauen Kontrapunkt zu den angeblich unvergleichlich realistischen Einsätzen im Nahen Osten, die man in *America's Army* nachspielen und gewinnen kann. *September 12th* präsentiert nichts als eine namenlose arabische Stadt, in der sich Zivilisten und »Terroristen« (erkennbar an Kopftüchern und Maschinengewehren) tummeln, und lässt dem Spieler genau eine Option: per Fadenkreuz zeitverzögert eine Rakete auf die Stadt abfeuern – oder nicht. Feuert er, vernichtet der Einschlag einige Gebäude, »Terroristen« und Zivilisten. Diese werden von Umstehenden betrauert, die sich daraufhin selbst in »Terroristen« verwandeln. Simpler lässt sich die Moral »Gewalt erzeugt Gegengewalt« wohl kaum illustrieren. Greifbarer auch nicht.

Politisch »gehaltvolle« Spiele sind also durchaus kein Kind des jüngsten US-Präsidentschaftswahlkampfes. *Pork Invaders* etwa ist ein direkter Klon des schon 2004 erschienenen Spiels *Tax Invaders*, in dem man als George Bush Steuererhöhungen des damaligen Herausforderers John Kerry abzuschießen hatte. Und tatsächlich wiederholt das Rennen 2008 in vielerlei Hinsicht die Kampagne des demokratischen Außenseiterkandidaten Howard Dean 2004, die für ihren beispielhaften Einsatz neuer Medien vielfach gerühmt wurde. Für diesen entwickelte der Computerspielforscher Ian Bogost 2003 das *The Howard Dean for Iowa Game*, das in Idee und Ausführung Lichtjahre von den zahllosen Prügel- und Schießspielereien entfernt ist. Die Spieler platzieren sich als Unterstützer Deans in einem Distrikt auf einer virtuellen Karte des Bundesstaates Iowa und üben dort typische Unterstützer-Tätigkeiten aus: von Tür zu Tür gehen oder ein großes Howard-Dean-Schild auf einem öffentlichen Platz schwenken. Dabei unterstützen sich Spieler gegenseitig: Je mehr Spieler sich online im selben Distrikt tummeln, desto leichter können sie Unterstützung für ihren Kandidaten generieren – und so im Spiel unmittelbar die kollektive Macht der Arbeit vieler Einzelner erfahren. So zumindest die Idee. Denn die Gretchenfrage der persuasiven Spiele lautet natürlich: Überzeugen sie wirklich?

Die Verführungen der Simulation

Bogost, dessen Unternehmen mittlerweile an die 20 größere und kleine Spiele entwickelt hat, hat 2007 zu dieser Frage das einschlägige Buch *Persuasive Games: The Expressive Power of Videogames* auf den Markt gebracht. Spiele, so Bogost, präsentieren Meinungen und Aussagen fundamental anders als Bücher oder Filme. Sie zeigen nicht einfach ein Bild oder schreiben einen Satz, sondern bieten ein Modell, eine Regel, die auf die Aktion eines Spielers eine bestimmte Reaktion folgen lässt. Tust du dies, geschieht jenes; feuerst du eine Rakete, gibt es am Ende noch mehr Terroristen. Und das behaupten Spiele nicht einfach – sie lassen es den Spieler in der Interaktion mit dem Regelmodell selbst erfahren. Spiele könnten so eingefahrene Denkmuster weit wirkungsvoller vermitteln als andere Medien, meint Bogost. So simpel und belanglos ein Spiel wie *Tax Invaders* scheint: Statt einfach die typisch republikanische Behauptung zu wiederholen, dass Steuern ein feindlicher Eingriff des Staates sind, dessen man sich erwehren muss, lässt es einen dieses Konzept selber im Spiel erfahren.

Bogosts Buch ist mit dieser These nur der jüngste (und bislang umfänglichste) Beitrag zu einer Debatte über ideologische Wirkungen von Computerspielen, die seit nun fast 15 Jahren die Spieleforschung antreibt. Beeindruckt und beunruhigt von den Ähnlichkeiten der Stadtplaner-Simulation *SimCity 2000* zu den realen Simulationen, die seinerzeit im Weißen Haus zur Prüfung und Planung des Staatsbudgets eingesetzt wurden, schrieb der Soziologe und Publizist Paul Starr 1994 im liberalen Magazin *The American Prospect* einen weitsichtigen Essay über *The Seductions of Sim*, die Verführungen der Simulation. Kommerzielle Simulationsspiele wie *SimCity 2000* erschienen ungeheuer realistisch und würden daher oft für wahr genommen (tatsächlich werden sie durchaus im Geschichts- und Politikunterricht verwendet). Das liege vor allem daran, dass die Spieler anders als bei professionellen Simulationen nicht ins Innere, in die Spielregeln und zugrunde liegenden Modelle der Simulation schauen könnten. Dabei stecken sie wie jede Simulation voller Annahmen, Meinungen und politischen Tendenzen. Dass man etwa Steuern in *SimCity 2000* nicht über 20% steigern kann, ohne die Bevölkerung komplett aus der Stadt zu jagen und die Wirtschaft in die Knie zu zwingen, ist eine reine politische Behauptung. Wer aber nur das Spiel spielt und nicht das Regelmodell dahinter zu sehen bekommt – oder gar die Möglichkeit erhält, es zu verändern und so die Veränderbarkeit jeder Simulation zu erfahren –, der droht, die »eingebaute« Ideologie eines Spiels unkritisch hinzunehmen.



Klicken durchs Raumschiff Bonn

Zahlreiche Forscher haben diese grundlegende Argumentation Starrs in den Folgejahren kommentiert und weiter verfolgt. Die bekannte Pionierin der Internet-Psychologie Sherry Turkle etwa meinte rund drei Jahre später in Reaktion auf Starr, mit den graphischen Benutzerinterfaces von Spielen und Microsoft Windows seien wir in eine echte »Kultur der Simulation« eingetreten, in der wir am inneren Räderwerk unserer Technik und Gesellschaft gar nicht mehr interessiert sind; wichtig ist nur, dass sie funktionieren. Und der Spieleforscher und Entwickler von *September 12th*, Gonzalo Frasca, fügte an, Spiele »verstecken« ihre Ideologie nicht nur im Regelmodell, sondern auch in den Spielzielen: Welches Handeln wird vom Spiel belohnt? Welches bestraft?

Leider ist es bislang bei solchen Argumenten und Kommentaren geblieben – empirische Studien zur Wirkung von persuasiven Spielen sucht man vergeblich. Amerikaner, Briten oder auch Niederländer hat das freilich nicht davon abgehalten, »Serious« oder »Persuasive Games« in Broschüren und White Papers als die Zukunft der Kommunikation anzupreisen und zu verkaufen. Heraus kommen dabei meist Simulationen, die die Komplexität eines Politikfeldes anschaulich machen wollen, wie zum Beispiel das britische Spiel *FloodSim*, bei dem der Spieler die politischen Maßnahmen zur Hochwasserbekämpfung gestalten und anschließend die Folgen beobachten darf.

In Deutschland hinkt der Markt im Verhältnis noch hinterher; die klassische Trennung in U- und E-Kultur, Ernst und Spiel scheint hierzulande immer noch tief verankert. So finden sich beim Rückblick in vergangene Bundestagswahlkämpfe nur die wohl unvermeidlichen Minispiele wie den *Kanzlerkampf: Schröder vs. Merkel 2005*. Unter *kanzlerduell.de* konnte man 2002 durch Manipulation der Objekte im gegnerischen Büro den Kandidaten in Missgeschicke bringen. Im gleichen Jahr bot die Wahlschlacht in Moorhuhn-Manier Schröder oder Stoiber zum Abschuss an. Und im Wahlduell 2002 konnte man wahlweise Westerwelle, Fischer, Schröder oder Stoiber zum Kanzler machen, indem man seine Kontrahenten umkegelte. Interessanterweise wird der PDS die Ehre zu Teil, das historisch erste deutsche Wahlkampfspiel zu verantworten: Das satirisch gedachte Point-and-Click-Adventure *Captain Gysi und das Raumschiff Bonn* erschien 1997 – volle sechs Jahre vor dem ersten US-Präsidentschaftsspiel – und erlebte sogar eine kommerzielle Fortsetzung.

Das aktuell komplexeste und populärste Wahlkampfspiel aus Deutschland ist freilich keine Wahlwerbung (oder Wahlsatire), sondern lässt den Wahlkampf selbst zum Spiel werden: Das Ende 2005 gestartete Multiplayer-Browsergame *Power of Politics* zählt heute über 36.000 aktive Spieler im deutschen Sprachraum, die mit anderen Parteien gründen, Themen besetzen, Wahlkampftermine abhalten und für Ämter kandidieren. Kern des Spielmechanismus – des Regelmodells – ist Popularität, die sich vor allem danach bemisst, ob man diejenigen Themen besetzt hat, die in mehr als hundert vom Spiel laufend ausgewerteten realen Nachrichtenmedien gerade die meiste Berichterstattung erhalten. Wahlkampf als rein strategisches Surfen auf Nachrichtenkonjunkturen: Ob sich die Spieler und Macher dieser provokanten »eingebauten« These des Spiels bewusst sind? Die Demokratie-Initiative *entscheidend-bist-du.at* der österreichischen Regierung offenbar nicht, sonst würde sie wohl kaum als offizieller Medienpartner des Spiels fungieren.

Digitale Rhetorik

In jedem Fall gibt jener implizite Zynismus von *Power of Politics* noch zu einer anderen Frage Anlass: Ob nämlich Spiele als Wahlkampfmedium ihrerseits mehr erreichen können als ein Surfen auf dem Presse-Echo, das sie heute noch erregen. So lautet die Hauptkritik der kalifornischen Rhetorik-Forscherin Elizabeth Losh an Serious Games. Wenn politische Akteure heute neue Medien einsetzen – sei es das Internet, seien es Spiele –, dann geschehe das mehr, um sich selbst als innovativ darzustellen oder von der inhaltlichen Schwäche des derart digital Verpackten abzulenken. Das Web scheint mit den schon genannten harten Online-Spenden hier seinen Realitätstest bestanden zu haben. Was Spiele angeht, dürfen wir auf kommende Wahlen gespannt sein – in Deutschland und in den Vereinigten Staaten.

Weiterführende Literatur:

Ian Bogost: Persuasive Games. The Expressive Power of Video Games. Cambridge: MIT Press.

Paul Starr: Seductions of Sim. Policy as a Simulation Game. 1994. Auf: http://www.prospect.org/cs/articles?article=seductions_of_sim

J. Patrick Williams, Jonas Heide Smith (Hg.): The Players' Realm: Studies on the Culture of Video Games and Gaming. Jefferson: McFarland 2007.

Zur Person

Sebastian Deterding war mehrere Jahre Referent im Fachbereich Multimedia der Bundeszentrale für politische Bildung, wo er unter anderem die Online-Dossiers »Computerspiele« (www.bpb.de/computerspiele) und »Verbotene Spiele?« (www.bpb.de/verbotenespiele) herausgab.
Seit 2008 erforscht und entwickelt er im GATE Game Research for Training and Entertainment Project (gate.gameresearch.nl) an der Universität Utrecht Designrichtlinien für persuasive Computerspiele.

Kittlitz – eine Ferienfreizeit mit ungewöhnlicher Vorgeschichte

Partner mit Perspektiven: das Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt und der Altonaer Spar- und Bauverein kooperieren erstmals bei einer Ferienfreizeit

Neuland für das Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Hamburg

Von Julia Sammoray, Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Hamburg

Der erste Kontakt entstand in einer unserer Büroschichten im März diesen Jahres. Herrn Krolak vom Altonaer Spar- und Bauverein war auf der Suche nach einer Partnerorganisation im Bereich der anerkannten Kinder- und Jugendverbände. Sein Ziel: Die Organisation und Durchführung einer Ferienfreizeit für Kinder und Jugendliche, die mit ihren Familien in den Wohnungen der Wohnungsbaugenossenschaft leben. Die Freizeit sollte sich vom üblichen Jugendtourismus kommerzieller Anbieter abheben, eine altersgerechte gruppenpädagogische Betreuung gewährleisten und die Teilnahmebeiträge auch von einkommensschwachen Familien zu tragen sein. Daher suchte Herr Krolak einen kompetenten Partner aus dem Jugendverbandsbereich. Den Kontakt zu uns hatte der Landesjugendring eingefädelt. Zunächst ging es grundsätzlich um die Frage, ob das Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Hamburg als Partnerorganisation zur Verfügung stünde. Diese Zusage konnten wir nach einem Vorstandsbeschluss zügig geben, so dass die Konditionsverhandlungen und die organisatorische Abwicklung im Anschluss diskutiert werden konnten. Für das Landesjugendwerk war diese Art der Anfrage Neuland, und auch wir mussten uns erst einmal über die Bedingungen einig werden, unter denen eine Zusammenarbeit erfolgreich funktionieren könnte.

Zehn plus Zwanzig. Die Basis für die Zusammenarbeit war schnell gefunden: Eine »Zehn-plus-Zwanzig-Vereinbarung«. Von den insgesamt 30 Plätzen auf der Ferienfreizeit in Kittlitz buchte der Altonaer Spar- und Bauverein 20 fest für sein Klientel – und zwar zum »Normalpreis«. Die restlichen zehn Plätze konnten wir über das Landesjugendwerk ausschreiben. Neben der damit erreichten Planungssicherheit für die Ferienfreizeit lag für uns der erste Vorteil darin, dass die 20 fest gebuchten und voll bezahlten Plätze nicht jenes Kontingent belastete, für das wir behördliche Gelder zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus einkommensschwachen Familien einwerben können. In den letzten Jahren können wir mit zunehmender Tendenz feststellen, dass die Nachfrage nach durch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz geförderten Ferienfahrtenplätze für einkommensschwache Familien überproportional stark ansteigt. Leider können wir diesen Anfragen spätestens im Mai eines jeden Jahres nicht mehr gerecht werden, da zu diesem Zeitpunkt bereits unser gesamtes Kontingent ausgeschöpft ist. Darüber hinaus gehende Förderungen sind in der Regel nicht möglich, da die Gelder bereits vergeben sind.

Das Paradoxon wird besonders dann deutlich, wenn unsere Ferienmaßnahmen einerseits mit Plätzen für zuschussberechtigte Familien ausgebucht sein könnten – sie es de facto jedoch nicht sind, da es andererseits kaum noch Familien gibt, die sich eine Ferienfreizeit zum Normalpreis leisten können bzw. diese bei uns nachfragen. Somit kann es vorkommen, dass unsere Ferienmaßnahmen nicht ausgebucht sind, obwohl sie es hätten sein können.

Vorteile. Und genau an diesem Punkt wird die wertvolle Kooperation mit der Wohnungsbaugenossenschaft deutlich. Eine garantierte Abnahme von 20 Plätzen zum Normalpreis mindert den Druck enorm, sollten alle weiteren Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit scheitern. Dieser Aspekt ist ein weiterer Vorteil für uns. In der Regel können wir ein ausreichendes Werbebudget weder aus den Geldern der Behörde noch aus Eigenmitteln finanzieren, um auf uns und unsere Maßnahmen aufmerksam zu machen – beispielsweise um einen Bus zu plakatieren oder große Anzeigen in der Samstagsausgabe des Hamburger Abendblattes zu schalten. Uns bleiben häufig nur das eigenhändige Plakatieren, Aushänge in KiTas, Schulen oder Jugendhäusern oder das Wohlwollen der Verlage, die unter Umständen eine fünfzeilige Pressenotiz abdrucken. Die Kooperation mit dem Altonaer Spar- und Bauverein hingegen ermöglichte es uns, auf einen Schlag alle Haushalte der Wohnungsbaugenossenschaft mit einem Mailing zu erreichen, das für das Landesjugendwerk völlig kostenfrei ermöglicht wurde. Ich bin davon überzeugt, dass selbst weitere Mailings in anderen Wohnungsbaugenossenschaften zu einer erweiterten Nachfrage geführt hätten.

Insbesondere sei an dieser Stelle noch erwähnt, dass der Altonaer Spar- und Bauverein nicht nur Mitgliedsfamilien das gebuchte Kontingent zur Verfügung stellte, sondern auch Nachfragen, die direkt im Landesjugendwerk ganz unabhängig von der Ausschreibung eintrafen, gerecht wurde. So konnten noch eine nicht unerhebliche Anzahl an Kindern und Jugendlichen an der Ferienfreizeit teilnehmen, obwohl sie bzw. ihre Familien nicht Mitglied in der Wohnungsbaugenossenschaft sind. Diese äußerst erwähnenswerte Generosität steigerte sich noch weiter, indem sogar zuschussberechtigte Familien eine Förderung durch den Verein erfuhren und aus internen Stiftungsgeldern finanziert wurden. Wir denken, dass dies ein ehrenvolles Engagement ist und an dieser Stelle gewürdigt werden sollte.

Fazit. Somit hat die Kooperation mit einem externen Partner vor allem also drei zentrale Vorteile: Sicherheit in der Buchungssituation der Ferienfreizeiten, Entlastung in der Öffentlichkeitsarbeit, direkte Förderung weiterer Familien unabhängig von staatlicher Finanzierung. Die Früchte der Kooperation werden wir im Anschluss

an die Ferienfreizeit ernten – und zumindest aus der Perspektive des Landesjugendwerks besteht großes Interesse an der Fortsetzung und Etablierung der Kooperation mit dem Altonaer Spar- und Bauverein in der nächsten Ferienfahrtensaison.

Was hat ein Wohnungsunternehmen mit Kinder- und Jugendarbeit zu tun?

Von Frank Krolak, Altonaer Spar- und Bauverein

Mensch vor Rendite. Der Altonaer Spar- und Bauverein (altoba) ist eine Wohnungsbaugenossenschaft, die die Förderung ihrer Mitglieder in ihrem Leitbild trägt. Der Dreiklang der Interessen von Mitgliedern, Mitarbeitern und Unternehmen findet sich in der Balance zwischen wirtschaftlichem Denken und sozialer sowie ökologischer Verantwortung wieder. Dabei wird nach der Prämisse »Mensch vor Rendite« entschieden. Die Angebote für Kinder und Jugendliche in der Genossenschaft und auch im Stadtteil Altona bilden einen wichtigen Baustein in der sozialen Mitgliederbetreuung bei der altoba. Das »Soziale Management« koordiniert in einer eigenen Abteilung die fünf Nachbarschaftstreffs, das Veranstaltungsprogramm »LebensFreude«, verschiedene Dienstleistungen wie Computerkurse und eine Fahrrad-Selbsthilfe-Werkstatt sowie Beratungs- und Unterstützungsangebote im Rahmen der Einzelfallhilfe.
Das »Soziale Management« und der eigens gegründete gemeinnützige Verein »Vertrautes Wohnen« im Altonaer Spar- und Bauverein sind seit elf Jahren die Träger dieser Angebote. Seit sieben Jahren gehören spezielle Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche zum festen Repertoire. Diese speziellen Programme basieren auf verschiedenen Motivationen:

1. Förderung der Genossenschaftsidee. Kinder und Jugendliche werden an den Gemeinschaftsgedanken und an Selbstverantwortlichkeit herangeführt.
2. Angebote an Kinder und Jugendliche sind Bestandteil eines ganzheitlichen Kundenbindungsprogramms.
3. Vandalismusprophylaxe in den Wohnquartieren.

In die Angebotspalette für Kinder und Jugendliche fließen Aspekte eines wohnungswirtschaftlichen Sozialmanagements, wie sie in den o.g. Motivationen formuliert sind, und pädagogische, erlebnisorientierte Zielrichtungen ein. Diese Mischung garantiert eine genaue Definition der Zielgruppe und der Angebote selbst. Schließlich handelt es sich nicht um eine primär gemeinwesenorientierte Ausrichtung, wie sie kommunale oder kirchliche Einrichtungen verfolgen, sondern

© Jakob Immer (S. 7 u. 8)

Badespass in der »FreeCity«

um die Schaffung eines spürbaren Mehrwerts für die Mitglieder, das Unternehmen und das gesamte Wohnquartier.
Die Angebote der altoba setzen sich baukastenartig zusammen. Für die Kleinsten fährt bis zu achtmal jährlich das Spielmobil in die einzelnen Wohnanlagen. Das Spielmobil wird in Kooperation mit SpielTiger e.V. angeboten. Kinder und Eltern und andere Nachbarn kommen für einen Nachmittag zusammen und vergnügen sich mit den mobilen Spielen und Spielgeräten. Für die größeren Kinder und Jugendlichen werden bis zu fünf Veranstaltungen pro Jahr in den Schulferien konzipiert. Sie verfolgen stärker pädagogisch orientierte Ansätze. Über Bewegung, Aktivität im Freien und Förderung von Gemeinschaft durch intensive Gruppenerfahrungen erleben sie, wie wichtig soziale Netzwerke sind und wie viel kreativer man die Freizeit gestalten kann, als alleine vor dem PC oder der Playstation zu sitzen. Beim Kanu fahren, Freeclimbing und Segeln entstehen neue Freundschaften und bestehende werden vertieft.
Auch die fünf Nachbarschaftstreffs der altoba richten sich mit ihren Gruppen und Veranstaltungen an Kinder und Jugendliche. Es werden regelmäßige Angebote von Freiwilligen initiiert, wie z.B. Basteln, Spielen, Englischunterricht und Yoga für Kinder. Die Treffs laden über das ganze Jahr verteilt zu Veranstaltungsnachmittagen und Wochenendworkshops ein. Kreatives Gestalten, Theater spielen, Märchen zum Mitmachen und Mottofeiern zu Halloween und Nikolaus gehören zum festen Repertoire.
Auch für Netzwerkpartys hat ein Treff bereits seine Räume zur Verfügung gestellt. Das Internetcafé »treffnett« hat spezielle Angebote für Jugendliche im Programm.
Im Nachbarschaftstreff Bornheide im Hamburger Stadtteil Osdorf dienen diese Veranstaltungen der Förderung und der Integration von Mitgliedern mit Migrationshintergrund.
Die einzelnen Module leisten zudem einen wertvollen Beitrag zur Vandalismusprophylaxe in den Wohnquartieren. Dadurch, dass Kinder und Jugendliche erleben, dass sie beachtet werden und die Gemeinschaft ihnen (Frei)-Räume zur Verfügung stellt, erhöht sich die Identifikation mit dem Gemeingut. Das Internetcafé für Jugendliche hat das Vandalismusaufkommen um den betreffenden Nachbarschaftstreff deutlich gesenkt.
Die gesamten Angebote passen sich somit ganzheitlich in das Konzept eines wohnungswirtschaftlichen Sozialmanagements ein.

Der Weg zur Ferienfreizeit. Für den Sommer 2008 planten die altoba und der Verein »Vertrautes Wohnen« zum ersten Mal eine Ferienfreizeit für Kinder. Zielgruppe waren 11–14jährige aus dem Wohnungsbestand der Genossenschaft und dem Stadtteil Altona. Die Einkommensentwicklung in vielen Familien und bei Alleinerziehenden erschwert jedoch Urlaubsfahrten oder verhindert sie ganz. Hier wollte die altoba mit dem Angebot einer Ferienfreizeit helfen. Um diese Idee umzusetzen, wurde ein Kooperationspartner gesucht und im Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt gefunden.
Wohnungswirtschaftliches Sozialmanagement und Träger der Jugendarbeit gehen dabei eine dynamische Zusammenarbeit ein. Beide Seiten profitieren von einander durch ihre jeweilige Organisationsstruktur und die dahinter stehende Fachkompetenz. Das »Soziale Management« verfolgt das Ziel der sozialen Mitgliederförderung und findet im Landesjugendwerk der AWO einen erfahrenen Partner, der über die notwendige Kompetenz und das Personal verfügt, was für eine mehrwöchige Ferienfreizeit unabdingbar ist. Dabei stellt das Jugendwerk Kontingente aus einer regulär geplanten Freizeit zur Verfügung,

die altoba übernimmt die Bewerbung und nutzt dafür ihre vielfältigen Kommunikationsstrukturen. Gleichzeitig hat das Landesjugendwerk der AWO einen starken Partner an seiner Seite, der auch mögliche Planungsrisiken mit trägt.
Wichtig ist natürlich die Finanzierung dieses Angebots. Damit diese Freizeit für Kinder auch von Familien mit geringem Einkommen genutzt werden konnte, bezuschusste der Verein »Vertrautes Wohnen« die Freizeitkosten. Darüber hinaus gewährte die »altoba-Stiftung« in diesem Jahr zehn Kindern, nach Einzelfallprüfung, einen weiteren Zuschuss.
Nach dieser positiven Erfahrung bei der Planung und Durchführung der Ferienfreizeit in Kittlitz sind wir zuversichtlich, dass die Kooperation zwischen dem »Sozialen Management« der Wohnungswirtschaft und Trägern der Gemeinwesenarbeit, wie dem Landesjugendwerk der AWO, in der Zukunft weitere Bedeutung gewinnen wird.

Ferien in Kittlitz – oder: FreeCity

Von Jakob Immer, Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt Hamburg

Für 99 € Sommer, Sonne, Spaß. Belustigungen im Vergnügungspark und animierte Wettkämpfe am Strand. Ein Leben in der Gruppe – und doch allein. Dies ist nicht das Motto von Ferienfahrten mit dem Landesjugendwerk.
Eine Ferienfahrt stellt für uns vielmehr einen Ausflug in eine »andere« Welt dar. So, wie sich viele die (Alltags-)Realität wünschen würden: Geld spielt eine untergeordnete Rolle, Spaß und Erlebnis in Gemeinsamkeit befreien vom Solo-Trip. Das Zusammenleben ist nicht durch Hierarchien geprägt, sondern Kinder, Jugendliche und die Teamenden betrachten einander als Partner, die von einander lernen können. Sie gestalten das Zusammenleben gemeinsam und respektieren dabei individuelle Bedürfnisse. Basics wie Unterkunft, gutes Essen und Trinken sind vorhanden; Freizeit, viel Programm in der Gruppe und Bildungsmöglichkeiten stehen auf der Agenda. Zudem kennt das Zusammenleben keine Ausgrenzung aufgrund von Sozialisation, Herkunft, religiöser und/oder ethischer Zugehörigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung oder finanziellem Background. Scheinbar ein Traum ...

Und die Praxis? Die ersten Tage der Ferienfahrt nach Kittlitz (bei Ratzeburg) vom 11. bis zum 25. August waren wie üblich vom Einleben, Kennen lernen und der Rollenfindung in der Gruppe geprägt. Jede Person lotete Chancen und Grenzen einer individuellen Rolle aus und versuchte, diese – manchmal auch rücksichtslos – gegen andere durchzusetzen. Diese Konflikte durch die Teamenden aufzufangen, leitete den Gruppenprozess ein. »Regeln & Rechte«, insbesondere zum Thema Gewalt, wurden dabei nicht einfach autoritär vorgegeben, sondern zu Beginn der Fahrt mit allen Teilnehmenden und Teamenden gemeinsam erarbeitet, diskutiert und anschließend von allen unterschrieben. Von dem Recht »nicht angefasst zu werden«, wenn es nicht gewünscht ist, über das Recht auf Ruhezeit zum Schlafen bis zum Recht auf gutes Essen und Diskoabende wurde eine lange »Regeln & Rechte«-Liste erstellt.
Die intensive Vorbereitung des Teams mit detaillierten Tagesplänen sowie Absprachen pädagogischer, rechtlicher und persönlicher Art machte sich ab dem ersten Tag positiv bemerkbar. Trotz großer Unterschiede der Kinder und Jugendlichen, von denen nur wenige vor der Fahrt einander kannten – war es nach zahlreichen Kennenlernspielen, viel Freizeit und gemeinsamen sowie kreativen Aktionen möglich, auch anspruchsvolle Themen anzugehen.
So wurde der Film »Farm der Tiere« von George Orwell gezeigt und am nächsten Tag ausgiebig diskutiert. Ebenso beleuchteten wir später in Kleingruppen die Themen Macht und Ausbeutung in der Gesellschaft. Die Diskussionen waren spannend und kritisch. Vor allem zeigte sich, dass auch schwierige Themen für Kinder und Jugendliche keineswegs zu kompliziert sind. Es kommt eben darauf an, welche Methoden verwendet werden und dass gemeinsam an der Aufklärung gearbeitet wird.

FreeCity. Nach einem Lagerfeuerabend, einem Quiz und vielen Kreativ- und Sportspielen folgte zur Mitte der Fahrt der thematische Schwerpunkt »FreeCity«. Auf die Erkenntnis, dass niemand so leben möchte wie die Tiere in der »Farm der Tiere«, sollte nun ein Gegenkonzept folgen. In der erdachten »FreeCity« sollte alles möglich werden, was sich die Kinder, Jugendlichen und Teamenden wünschen.
Angefangen mit der Sammlung von Grundsätzen für das Leben in der »FreeCity« ging es weiter mit selbst entwickelten Choreografien und Liedern – und endete mit einem großen Bauprojekt. Die »FreeCity« erstand als großes Modell. Die Erbauer tauchten danach beim anschließenden Badeseebesuch ab in die neue Freiheit und ins kühle Nass.
Die mit den Jugendlichen vorbereitete Disko war dann ein weiteres Highlight. Es wurde ein sehr schöner Abend mit viel Musik, Chips & Softdrinks, Tanzen und viel Spaß – die Teamenden natürlich immer dabei. Am nächsten Tag konnten dann alle als Bürger/innen der »FreeCity« ein eigenes T-Shirt bemalen, um die anderen anschließend darauf unterschreiben zu lassen. Viele Kinder und Jugendliche nannten bei den allabendlichen Feedback-Gute-Nacht-Runden die gesamte »FreeCity«-Aktion einfach toll.

Buntes Treiben. In der zweiten Freizeitwoche ging es ruhiger – wenn auch nicht weniger ereignisreich weiter. Das Thema Liebe, Sex und Zärtlichkeit, welches in der Altersgruppe täglich präsent ist, wurde vom Team aufgegriffen. In getrennten Mädchen- und Jungsgruppen gab es Gelegenheit, sich auszutauschen und einfach mal Fragen zu stellen, die ansonsten oft zu peinlich erscheinen. Auch wurde mit vielen Vorurteilen aufgeräumt. Es folgte ein sehr entspannter Hörspielabend mit vier Wunschgruppen.
Mit dem inzwischen entstandenen Gruppengefühl verlief die zweite Woche sehr gut. Es wurde ein von den Teilnehmenden gewünschtes Fußballturnier gespielt, zum Thema Gender aufgeklärt, Gipsmasken und Postkarten gebastelt, Becher selbst bemalt, Spiele gespielt, erneut zum See gegangen und die große Ferienfahrten-Zeitung angefertigt.
Zum Abschluss der Fahrt gab es schließlich eine große Fotoshow zu den Höhepunkten der gemeinsamen Erlebnisse. Und zur späteren Erinnerung wurden diese – zusammen mit der Fahrtenzeitung – für alle Kinder, Jugendliche und Teamende auf DVDs gebrannt und verteilt.

Fazit. Ferienfahrten sind für das Landesjugendwerk eine lebendige Möglichkeit, junge Menschen mit den Werten des demokratischen Sozialismus (Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität) vertraut zu machen und zu solidarischem Denken wie Handeln zu bewegen. Spaß und Selbstverwirklichung gehören dazu. Ich denke, die Ferienfreizeit in Kittlitz war dafür ein gelebtes Beispiel. Und der Dank gilt den Teamenden für ihr Engagement (ohne Bezahlung) und allen Teilnehmenden für die tollen gemeinsamen Tage und Erlebnisse.

Info

Altonaer Spar- und Bauverein
Gründung: am 4. Mai 1892 als Genossenschaft
Wohnungen: 6.479 | Mitglieder: 13.384
Mitarbeiter: 112
Kundencentrum: Max-Brauer-Allee 69
22765 Hamburg | T. (040) 38 90 10 – 0
www.altoba.de | info@altoba.de

Landesjugendwerk der AWO Hamburg
Das Jugendwerk der AWO veranstaltet seit über 25 Jahren Ferienfahrten für Kinder und Jugendliche. In diesem Jahr standen Ziele von Schleswig-Holstein bis Frankreich auf dem Programm.
Rothenbaumchaussee 44 | 20148 Hamburg
Tel.: (040) 44 48 84 | ljwhh@arcor.de
www.jugendwerk-hamburg.com

Statements zur neuen Regelung der Studiengebühren

Junge Studierende aus den Hamburger Jugendverbänden beziehen Stellung

Der Hamburgischen Bürgerschaft lag im September (nach punktum-Redaktionsschluss) ein Gesetzentwurf der schwarz-grünen Koalition zur Reform der Studiengebühren vor. Die Eckpunkte der Reform sind:

- die Studiengebühren werden in der Regel während des Studiums gestundet;
- die Studiengebühren werden zinslos vorgestreckt für die Zeitdauer der Regelstudienzeit plus zwei Semester;
- die Studiengebühren werden von 500 € auf 375 € gesenkt;
- die Zahlung der Studiengebühren erfolgt erst nach Beendigung des Studiums, wenn die Einkünfte der/s Ex-Studierenden 30.000 € brutto im Jahr übersteigen; sodann werden die Studiengebühren als Gesamtbetrag fällig;
- eine um zwei Semester verlängerte Stundung der Gebühren gilt für jene Studierenden, die sich in den Selbstverwaltungsorganen der Hochschule oder der Studierendenschaft beteiligen;
- nach Überschreitung der Regelstudienzeit (plus zwei Semester) werden die Studiengebühren nicht mehr gestundet.

Trotz dieser Neuregelung der Studiengebühren sieht der Landesjugendring Hamburg die Vereinbarkeit von Ehrenamt und Studium weiter gefährdet. Denn ein Engagement im Jugendverband »kostet« Studierenden zunächst Zeit, in Folge damit Studienzeit und am Ende über zusätzlich angehäufte Studiengebühren bares Geld. Besonders problematisch: Während Studierende, die im ASTA oder in anderen Selbstverwaltungsorganen innerhalb der Hochschulen tätig sind, von einer um zwei Semester verlängerten Stundung der Gebühren profitieren sollen, gibt es für außerhalb der Uni ehrenamtlich Aktive keine analoge Regelung.

Das neue Studiengebührensystem fördert also das eher stromlinienhafte Verhalten junger Menschen, lehrt sie, Bildung als Ausbildung und Karriereweg zu begreifen und straft ehrenamtliches Engagement als letzthin kostspielige Ablenkung ab.

Doch wie sehen es Betroffene selber? Der Landesjugendring hatte einmalig zehn »Stipendien« in der Höhe der Studiengebühren für das Wintersemester 2007/2008 an junge Studierende mit Jugendleiterausbildung vergeben (vgl. punktum 1–2008). Bei ihnen hat sich punktum umgehört, wie sie die Reform der Studiengebühren einschätzen.

»Stundung ist so eine Sache«

Vanja-Christin Meyer (25) | Evangelische Jugend Hamburg | seit 2000 Leiterin einer Kinder- und Jugendgruppe in der Kirchengemeinde Schnelsen | Studentin an der Universität Hamburg | Fachbereich Rechtswissenschaft

[Stundung] »Leider ist das mit der Stundung ja so eine Sache. Für mich bleibt die Frage, ob ich im Semester jeweils einen ›kleinen‹ Beitrag oder nach dem Studium die komplette Summe auf einmal zahlen will. Ich werde mich wohl eher dafür entscheiden, die Studiengebühren im laufenden Studium zu zahlen, da ich nicht schon verschuldet in mein Berufsleben starten möchte.«

[Job] »Wie sich das Ganze nun auf meine Arbeitszeit auswirken wird, kann ich so noch nicht sagen, denn den monatlichen Verdienst von 400 € aus meinem Aushilfsjob brauche ich trotzdem als Lebensgrundlage. Allerdings werde ich wohl auf die eine oder andere Überstunde verzichten können, da ich eben nicht mehr unter dem Druck stehe, 500 € sondern eben ›nur‹ noch 375 € pro Semester davon abzuzweigen. Die eingesparte Zeit kommt dann natürlich meinem Ehrenamt wieder zu Gute. Alles in allem bin ich froh, 125 € pro Semester mehr für mich zu haben. Einen wirklich großen Unterschied zur vorherigen Situation wird es bei mir jedoch nicht geben.«

»Hart für junge Menschen im Zweitstudium«

Julia Sammoray (30) | Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt | seit Mai 2008 Landesvorsitzende | Durchführung von Jugendleiterausbildungen | Studentin an der Universität Hamburg | Fachbereich Erziehungswissenschaft

[Zweitstudium] »Sicherlich stellt die Reduzierung und gleichzeitige Stundung der Gebühren eine vordergründige Entlastung des finanziellen Aufwandes dar. Allerdings sind die Forderungen der Universität ja lediglich verschoben, und Studierende, die ihr Studium nicht in der Regelstudienzeit plus zwei Semester schaffen, oder – wie ich – ein Zweitstudium absolvieren, müssen trotzdem sofort zahlen. In diesem Zusammenhang sind Senat und Bürgerschaft meines Erachtens zu kurz gesprungen. Ich frage mich, was daran falsch ist, nach einem abgeschlossenen Hochschulstudium – in meinem Fall zudem nach sechs Jahren Berufserfahrung – sich noch einmal umorientieren zu wollen?

[Stundung] »Für mich persönlich kommt es leider nicht in Frage, die wöchentliche Arbeitszeit zu reduzieren. Ich habe kein Interesse daran, von meinem schmalen Einstiegsgehalt nach dem Examen auch noch Schulden an die Uni zurückzuzahlen. – Und ganz abgesehen davon, zähle ich ja bereits zu den ungeliebten ›Zweit- und Langzeitstudierenden‹, die sofort zur Kasse gebeten werden.

[Regelstudienzeit] »Das Lehramtsstudium (Staatsexamen) sieht eine Regelstudienzeit von zwölf Semestern vor. Die Toleranz von weiteren zwei Semestern wird addiert. Die Regelstudienzeit ist kaum zu schaffen, wenn man das Thema Bildung ernst nimmt. Es müsste ergo viel mehr Zeit eingeräumt werden, um Studierenden eine Chance zu geben, sich möglichst breit in ihrem Fächerportfolio aufzustellen. Das kann aber in der Regelstudienzeit gar nicht gelingen.«

[StINe] »Ein anderes großes Hindernis stellt die Neueinführung des sog. StudienInformationsNetzes (StINe) dar. Dieses computergesteuerte System teilt die Seminarplätze per Zufallsverfahren zu.
Ich habe es selbst am eigenen Leib erfahren, dass – obwohl noch Plätze im Seminar frei waren – mir der Zutritt verwehrt blieb. Ich solle nicht am Seminar teilnehmen, sondern mich vor den Computer setzen und das Restplatzverfahren ausnutzen! Wenn solche Verfahren Schule machen, wird bereits systemseitig verhindert, dass ein Studium in der Regelstudienzeit zu schaffen ist.«

[Selektion] »Studiengebühren sind und bleiben ungerecht! Bildung muss vom Kindergarten bis zum Hochschulabschluss gebührenfrei sein, um soziale Benachteiligung auszuschließen.
Ich werde nicht auf mein ehrenamtliches Engagement verzichten – auch wenn ich dafür länger studieren sollte. Als Mitglied und Funktionsträgerin im Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt sehe ich es als meine Aufgabe an, zumindest für zukünftige Generationen eine gebührenfreie Bildung zu erkämpfen!«

»Das Ehrenamt wird darunter leiden«

Christoph Schwalbe (25) | Evangelisch-methodistische Jugend | Leiter von Kinder- und Jugendfreizeiten | »frischer« Absolvent

Vanja-Christin Meyer, Evangelische Jugend Hamburg

Christoph Schwalbe, Evangelisch-methodistische Jugend

Jan-Henning Blohm, Pfadfinder- und Pfadfinderinnenbund Nord

Julia Sammoray, Landesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt

Benjamin Ehlers, Deutscher Pfadfinderbund Hamburg

Torsten Reuschel, Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder

der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg im Fachbereich Sozialpädagogik

[Nicht-Zahlung] »Die angestrebte Regelung, die Kosten auf 375 € zu senken, ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Allerdings wird dies zukünftig auch weiterhin eine Hürde zur Aufnahme eines Studiums für Personen darstellen, die weniger Geld zur Verfügung haben.
Die Stundung auf die Zeit danach finde ich besser als ein verzinstes Darlehen. Allerdings ist es einerseits schlecht, mit Schulden ins Berufsleben einzusteigen. Bei privaten Anliegen hat man dann kaum eine Chance, weitere Darlehen aufzunehmen.

Andererseits werden einige Berufsgruppen, z.B. Sozialarbeiter (i.d.R.), nicht mal die magische Grenze von 30.000 € pro Jahr überschreiten, was zu einer Nicht-Zahlung führt. Warum sollte man also nicht gleich die Gebühren den jeweiligen Berufsbranchen anpassen?

Natürlich bringt eine Senkung der Studiengebühren auch gleichzeitig eine Erleichterung bei der Finanzierung des Studiums. Trotzdem wird meiner Meinung nach das Ehrenamt weiterhin darunter leiden, da auch 375 € finanziert werden möchten. Und ich denke nicht, dass die Senkung automatisch prozentual zu einem Anstieg des ehrenamtlichen Engagements führt.«

[Verschulung] »In der Sozialpädagogik und zumal bei der Einführung des Bachelors wurde das Studium noch weiter verschult. Dies führt (sofern man aus geldbeschaffungstechnischen Gründen nicht am Regelkurs-Leben teilnehmen kann) automatisch zu einer Verlängerung des Studiums. Bereits in meinem Diplomstudiengang wurden nur einmal jährlich die Abschlussklausuren angeboten. Somit war man gezwungen, gleich zwei Semester anzuhängen, sofern nicht alle zur Zulassung zu den Abschlussklausuren benötigten Scheine zur jährlichen Frist bereits erworben waren. Diese Situation wird sich für Bachelor-Studenten, die ehrenamtlich engagiert sind oder zur Finanzierung des Studiums arbeiten und daher vom verschulten Regelstudium abweichen müssen, weiter verschlimmern.«

[Relationen] »Zumindest sollte eine Angleichung der Gebühren an den Verdienst im jeweiligen Studienfach gemacht werden. Denn es kann nicht sein, dass Sozialarbeiter genauso viel Studiengebühren bezahlen müssen wie Wirtschaftsleute, die vermutlich ein Vielfaches an Geld verdienen werden.«

»Hetze durch das Studium statt Allgemeinbildung«

Benjamin Ehlers (20) | Deutscher Pfadfinderbund Hamburg | 2004 bis heute Jugendleiter einer Horte | 2005 bis heute Stammesführer des Stammes »Ambronen« | Student an der Universität Hamburg | Fachbereich Physik

[Zeitdruck] »Ich denke, dass der Gesetzentwurf keine adäquate Lösung für das Problem der Studiengebühren ist. Das liegt für mich daran, dass der Zeitraum, in dem die Studiengebühren übernommen werden, zu begrenzt ist. Darin spiegelt sich ein grundsätzliches gesellschaftliches Problem wider: Das Studium soll immer weiter verkürzt werden. Diese Tendenz fängt an bei der Kürzung der Schulzeit um ein Jahr, geht in das neue Bachelor/Master-System ein und macht auch bei BAföG und Studiengebühren nicht halt. Während es früher üblich und möglich war, primär seinen Interessen im Studium nachzugehen und ruhig ein paar Semester länger zu studieren, damit man auch als allgemein gebildeter Mensch in die Arbeitswelt gehen konnte, hetze ich als Bachelorstudent der Physik nur Bewertungspunkten hinterher. Jedes Semester gibt es zahlreiche Abschlussprüfungen, Übungsklausuren etc.. Diese sorgen dafür, dass ich – auch durch mein Ehrenamt – gar keine Zeit finde, auch über den Tellerrand meines Studienfaches zu schauen und an etwas anderes zu denken, was mich persönlich interessieren würde.

Dass ein wirkliches Studium, in dem eine tiefe innere Auseinandersetzung mit dem Stoff stattfindet und in dem Zeit sowie Muße gegeben sein muss, um die Randfelder des Studienfachs kennen zu lernen, überhaupt nicht binnen der Regelstudienzeit abzuschließen ist, sagt dabei keiner.«

[Parallelwelt] »Mein Ehrenamt verschlimmert die Lage zusätzlich. Die Zeit, die andere Kommilitonen zum Lernen und Arbeiten aufwenden, verbringe ich häufig auf Fahrt oder in der Vorbereitung von Aktionen in meinem Jugendverband. Das Menschliche, das mir dadurch zuteil wird, ist für mich wie eine parallele Welt, in der ich manchmal eher aufs spätere Leben als durch das Studium vorbereitet werde. Ich bin gerne Pfadfinder und werde das auch nicht aufgeben.«

»Akademische Ausbildung ist Zukunftsvorsorge«

Jan-Henning Blohm | Pfadfinder- und Pfadfinderinnenbund Nord | seit 2000 Sippen- und seit 2005 Stammesführer des Stammes »Mizar Alkor« in Wandsbek | Student an der Universität Hamburg | Fachbereich Holzwirtschaft

[Regelstudienzeit] »Mein Studium ist in der Regelstudienzeit zu schaffen – aber garantiert nicht von Ehrenamtlichen und auch nicht von ›normalen‹ Studenten, sondern nur von denen, die sich vor dem Beginn des Studiums hinsetzen und einen genauen Plan über alle Semester festlegen. Wenn dieser ›Masterplan‹ – ohne nach links oder rechts zu schauen – eingehalten wird, schafft man's ... Aber diese Studenten sehen dann in der Studienzeit nur die Bücher.«

[Studiengebühren] »Abschaffen! Die Leute nicht staatlich in eine Schuldenfalle schicken! Natürlich wird erst zurückgezahlt, wenn man verdient, aber bis dahin bleiben die Schulden! Ich kann es nicht verstehen, dass wir Geld bezahlen sollen, um zu studieren, während andere in der Ausbildung Geld bekommen.
Die akademische Ausbildung ist schließlich eine Zukunftsvorsorge unserer Gesellschaft. Wenn keiner mehr studiert, wer bringt uns dann weiter? – Wissen ist Macht – und Macht sollen wir kaufen?!«

»Geplante Änderungen sind ein guter Anfang«

Torsten Reuschel | Verband Christlicher Pfadfinderinnen und Pfadfinder |seit 2004 Leiter einer Sippe im Stamm »Bapu« in Volksdorf | Student an der Technischen Universität Hamburg-Harburg | Fachbereich Allgemeine Ingenieurwissenschaften

[Gerechtfertigt] »Durch den ohnehin als recht hoch geltenden Zeitaufwand meines Studiums musste ich in den vergangenen Monaten in der Verbandsarbeit leider etwas zurücktreten. Gleichzeitig begrüße ich die geplanten Änderungen, da sie in jeder Hinsicht eine Entlastung darstellen.
Ich halte die geplante Zahlung von Studiengebühren nach erfolgreichem Abschluss eines Studiums und den bis dahin zinslos gewährten Kredit für sinnvoll und gerechtfertigt.
An der Technischen Universität Hamburg-Harburg (TUHH) gibt es an vielen Stellen kostenaufwendige Gerätschaften und Verbrauchsmaterialien (bspw. Experimente in Physik- und Chemie-Vorlesungen, Praktika), die es zu bezahlen gilt.
Entweder ich zahle als arbeitstätiger Akademiker über erhobene Steuern mein Studium im Nachhinein, oder aber ich werde direkt und ohne sonst möglicherweise nötige Steuererhöhung an den Kosten meiner Ausbildung beteiligt.
Sicherlich wäre es einfacher, die Steuern zu erhöhen und den arbeitenden Teil unserer Gesellschaft gleichmäßig oder gewichtet mit den Kosten der Ausbildung unserer Nachkommen zu belasten. Doch in einer Zeit, in der jeder lieber nur für das zahlt, von dem er oder sie glaubt selber etwas zu haben, ist die geplante Art der Erhebung von Studiengebühren sicherlich diejenige Lösung, die weniger Diskussion bedarf.«

[Weniger Lernzeit] »In ingenieurswissenschaftlichen Studiengängen ist es im Allgemeinen nichts Ungewöhnliches ein oder zwei Semester länger zu studieren – als die Regelstudienzeit vorsieht.

Einige der Kommilitonen jedoch, die den Eindruck vermitteln, ihr Studium schnurgerade und in Regelstudienzeit abzuschließen, erwecken mir gegenüber den Eindruck, wenig bis nichts anderes im Kopf zu haben. Ein Ehrenamt im Verband, welches, sofern ernsthaft verfolgt, eine große Menge an Zeit in Anspruch nimmt, wäre mit einer solchen Einstellung schwer zu vereinbaren.
Bisher verlief mein Studium gut, jedoch musste ich die Prüfungen im ersten Semester ehrenamtsbedingt mit weniger Lernzeit bestreiten als andere Kommilitonen.«

respekt* geht in die 6. Runde!

Hingehen! Diskutieren! Aktiv werden!

Wer nach der Fachtagung »Jugendverbände – aktiv gegen Rechts« (26.09.2008) weiterhin aktiv werden will, der ist bei respekt*6 genau richtig!
Am 15. und 16. November findet nun schon zum sechsten Mal das große antirassistische Aktionswochenende »respekt* – gegen alltägliche gleichgültigkeit« statt. Wie auch in den vergangenen Jahren positionieren sich die Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände sowie der Pfadfinder- und Pfadfinderinnenbund Nord als Veranstalter deutlich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und jede Form von Ausgrenzung und Diskriminierung.
»respekt* 6« findet im Stadtteilzentrum »KÖLIBRI« (Hein-Köllisch-Platz 12, St. Pauli) statt.
In den kostenlosen Workshops am Samstag ab 14.30 Uhr gibt es vielfältige Möglichkeiten, sich für die Diskussionen im Verband, in der Schule, an der Uni und im Betrieb zu wappnen. Ziel ist es, beispielsweise selbst aktiv gegen die oft verspürte Ohnmacht angesichts diskriminierender oder rechtsextremer Sprüche werden zu können. So gibt es Workshops zum Frauenbild bei den Nazis, zu Kleidercodes der Rechten, aber auch Diskussionen zu antisemitischen Verschwörungstheorien oder zum Themenkomplex Party-Patriotismus und Nationalismus.
Selbstverständlich hat die Erinnerung an den Nationalsozialismus erneut einen hohen Stellenwert bei respekt*: Eine Hafenrundfahrt zum Thema Zwangsarbeit und eine Anne-Frank-Ausstellung lädt ebenso zum Nachdenken über die Erinnerung heute ein – wie das Gespräch mit der Hamburgerin Antje Kosemund, die über ihre von den Nazis ermordete Schwester Irma berichten wird. Irma wurde Opfer des sog. »Euthanasie-Programmes« der Nationalsozialisten, in dem systematisch Menschen mit Behinderungen umgebracht wurden.
Im Rahmen des Frühstücksmatinée am Sonntag ab zwölf Uhr wird der Rechtsextremismusexperte und Buchautor Christian Dornbusch in dem Vortrag »Rechtsrock und Schulhof-CDs« die Versuche der Nazis, innerhalb der Jugendkultur die Hegemonie zu erlangen, thematisieren.
Neben Infotischen, den stets beliebten respekt*-T-shirts, respekt*-Schlüsselbändern und respekt*-Buttons wird es natürlich wieder ein nettes Café und reichhaltig Essen geben.
Alle Details des Programms sowie umfangreiche Texte zu den Workshops, Vorträgen und allen weiteren Programmpunkten findet Ihr unter www.agfj.de. Zudem werden die Programmhefte allen Jugendverbänden zugeschickt.
Also: Hingehen! Diskutieren! Aktiv werden!

(Jan Jetter, Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände)

© ikm (S. 13 – 15)

Die Ergebnisse der Jugendkonferenz wurden als Ausstellung im Bergedorfer Rathaus gezeigt

Jugendkonferenz Bergedorf

Ein Verfahren zur Beteiligung von Jugendlichen

Von Jörg Kowalczyk und Katty Nöllenburg, Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation, Hamburg

Hintergrund

Das Bezirksamt Bergedorf veranstaltet im Jahr 2008 ein Beteiligungsverfahren für Jugendliche, die Jugendkonferenz Bergedorf. Grundlage für dieses Projekt ist der §33 des Hamburgischen Bezirksverwaltungsgesetzes: »Das Bezirksamt muss bei den Planungen und Vorhaben, welche die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen. Hierzu entwickelt das Bezirksamt geeignete Verfahren.«

Das Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation (ikm) in Hamburg wurde mit der Umsetzung der Jugendkonferenz vom Bezirk beauftragt. Das ikm stellte sein Beteiligungsprojekt vor, das modifiziert schon 2007 in der Kinderkonferenz für den Bezirk durchgeführt wurde. Die Jugendkonferenz wurde vom ikm in Begleitung der Fachämter Stadt- und Landschaftsplanung und Sozialraummanagement (Jugendamt) sowie der Pädagogen/innen der beteiligten Einrichtungen durchgeführt.

Abgrenzung zu anderen Beteiligungsformen

Aus den Erfahrungen mit Beteiligungsprojekten von Kindern und Jugendlichen, die wir im ikm durchführen (z.B. Schulhofumgestaltung, Schülerparlament) entwickelten wir auf der Grundlage der Methode Zukunftswerkstatt einen Projektplan. Dabei war uns wichtig, eine Vielzahl von Jugendlichen einzubinden und die Beteiligungsformen vor Ort individuell abzustimmen. Das Spektrum der Methoden reichte von niedrigschwelligen Angeboten für die offene Jugendarbeit bis hin zu Großgruppenmoderationen in Schulen. In die Überlegungen flossen auch die Erfahrungen aus den bestehenden Jugendparlamenten bzw. Jugendräten in den Stadtteilen oder Kommunen in Schleswig-Holstein und Hamburg ein. Jugendparlamente/-räte setzen sich aus Jugendlichen, die einen Etat verwalten, durch aufwändige Wahlvorgänge zusammen. Die Beteiligungsmöglichkeit wird meist auf erfahrene und beteiligungserprobte Jugendliche begrenzt und dadurch nicht Allen gleichermaßen zugänglich.

Eine weitere Schwierigkeit bei der Entwicklung sahen wir durch die parallele Einführung von Demokratiestrukturen durch die Jugendparlamente/-räte gegenüber den Jugendeinrichtungen und Jugendverbänden, die Partizipation und Mitbestimmung in vielen Projekten schon jahrelang einüben.

Zusätzlich konnten wir beobachten, dass die Schulen sich isoliert und reserviert zum Thema Jugendparlamente/-räte verhielten. Dennoch können Jugendparlamente, dort wo sie von den Trägern der Jugendhilfe und den Schulen in einem überschaubaren Sozialraum selber implementiert wurden, sinnvoll sein und gut funktionieren. Unser Anliegen ist es, die bestehenden Mitbestimmungs- und Beteiligungsformen in den Jugendeinrichtungen und Schulen zu nutzen und zu stärken.

Vorbesprechung Auftraggeber

In den Vorbesprechungen mit den Verantwortlichen aus dem Bezirk haben wir den möglichen Beteiligungsumfang der Einrichtungen im Stadtteil abgestimmt. Der Etat für dieses Projekt war beschränkt, und wenn tatsächlich alle Einrichtungen teilnehmen würden, müsste der Finanzierungsrahmen neu verhandelt werden. Die Alterspanne für die Jugendkonferenz wurde von 12-21 Jahren festgelegt. Die Beteiligung der Einrichtungen und Jugendlichen war freiwillig. Zwei große Schulen sollten gezielt angesprochen werden. Wichtig war in dieser Vorbesprechung auch, ein Zeitfenster für die dreimonatige Durch-

führung vom ersten Treffen bis zur Präsentationsveranstaltung im Rathaus zu bestimmen, sowie die anschließende Bearbeitung und Umsetzungszeit, und die Veranstaltung einer weiteren Delegiertenversammlung, auf der die Kommunalvertreter ihre Antworten auf die Forderungen und Wünsche der Jugendlichen verkünden.
Der nächste Schritt für uns war, eine Bestandsaufnahme aller Jugendeinrichtungen im Bezirk durchzuführen und zu entscheiden, über welche Einrichtungen und Einrichtungsformen die Jugendlichen erreicht werden sollen. Die Mitarbeiter/innen wurden offiziell vom Bezirk zu einem Informationsabend eingeladen.

Treffen interessierter Einrichtungen

Auf dieser Veranstaltung wurden die Pädagogen/innen aus den einzelnen Einrichtungen über das Projekt informiert und motiviert teilzunehmen, was vom ikm moderiert wurde. Dabei war es wichtig, dass die zusätzliche Arbeitsbelastung der einzelnen Pädagogen relativiert wurde, da die Zukunftswerkstätten vor Ort in den Einrichtungen von externen Moderator/innen aus dem ikm durchgeführt werden würden. Das ikm übernahm auch die Moderationen der weiteren Veranstaltungen sowie die gesamte Organisation der Jugendkonferenz. Die Pädagogen/innen der beteiligten Jugendeinrichtungen und Schulen trafen sich im einem der teilnehmenden Jugendhäuser zur Vorbereitung und Planung der Jugendkonferenz. In diesem Fall haben sich folgende 13 Jugendeinrichtungen und 2 Schulen an dem Projekt beteiligt:
JuZ Vierlande – Jugendzentrum Vierland | HdJ Heckkaten | HdJ Lichtwarkhaus | JUZENA – Jugendzentrum Neuallermöhe | Schule Kirchwerder | Mädchentreff Lohbrügge | Mädchentreff Neu Allermöhe | IB Straßensozialarbeit | Gesamtschule Bergedorf | SteinJuz – Jugendclub Neu Allermöhe-Ost | Jugendfreizeit- und Beratungszentrum KAP | Ev. Jugendarbeit Petri&Pauli | Jungentreff im Billebogen | Jufit am Billebogen | Haus Warwisch.

Die Zukunftswerkstätten vor Ort

Gemeinsam mit den Pädagogen/innen der beteiligten Institutionen wurden unter Anleitung durch die Mitarbeiter/innen des ikm mehrtägige Zukunftswerkstätten zur Beteiligung der Jugendlichen in den einzelnen Einrichtungen vor Ort durchgeführt.
Die Methode der Zukunftswerkstatt diente hier ausschließlich zur Findung und Formulierung von Forderungen und Wünschen, die konkrete Planungsphase wurde reduziert. Jede Einrichtung wurde von den ikm-Moderatoren/innen individuell betreut. Der unterschiedliche Arbeitsrhythmus der einzelnen Einrichtungen musste berücksichtigt werden. In einigen Einrichtungen war es nötig, in den späten Abendstunden oder am Wochenende zu arbeiten. In den Schulen wurden die vorgegebenen Unterrichtszeiten am Vormittag genutzt.
Die Besucherstruktur musste ebenso berücksichtigt werden. So ergab es sich, dass wir in den Einrichtungen der Offenen Arbeit und Straßensozialarbeit eine Vorlaufzeit zum Aufbau von Beziehungen zu den Jugendlichen einbezogen, oder mit größeren Gruppen in den Schulen gemeinsam auch Großveranstaltungen moderierten. Die Arbeitszeiten vor Ort waren den Arbeitszeiten und den Konzentrationsphasen der Jugendlichen angepasst.
In jeder Einrichtung wurden neun bis zwölf Stunden in Tagesblöcken oder an verschiedenen Abendstunden an unterschiedlichen Tagen gearbeitet. In den Werkstätten vor Ort wurde von den Jugendlichen sehr viel Material produziert (z.B. Ideenfindungsprozesse auf Plakaten, Modelle, Fotos), die für die Präsentation und für die Ausstellung genutzt werden sollten.
Auf der Kinderkonferenz im Jahr zuvor wurden für die Kinder zur Bearbeitung in den Werkstätten bestimmte Schwerpunkte zur Erforschung vorgegeben. In der Jugendkonferenz wurden keine Vorgaben gestellt, sondern die Jugendlichen entwickelten ihre Schwerpunkte in den Planungsphasen vor Ort. Die entwickelten Utopievorstellungen wurden in den Werkstätten zu realistischen Forderungen und Ideen umgewandelt.

Getanzte Forderungen des Mädchentreffs Neuallermöhe

Die Arbeitsergebnisse der Jugendlichen reichten von konkreten Anträgen an den Bezirk bis zur Forderungen von Beteiligung bei der Gestaltung von Plätzen, Wiesen und Gebäuden. Themen wie Umwelt, Sicherheit, Freizeit und Verkehr wurden ebenso bearbeitet.
Die Jugendlichen überlegten zum Abschluss der Werkstätten, in welcher Form sie ihre Ergebnisse vortragen wollen, und wählten Delegierte, die diese Präsentation durchführen sollten. 200 Jugendliche nahmen direkt an dem Projekt teil und 40 Delegierte waren auf der Delegiertenversammlung anwesend.

Die Delegiertenversammlung

Die Jugendlichen aus den einzelnen Einrichtungen bestimmten Delegierte, die auf der Delegiertenversammlung ihre Arbeitsergebnisse vorstellten. Die Jugendlichen sollten sich auf dieser Veranstaltung kennen lernen und untereinander ihre Arbeitsergebnisse vorstellen. Die Präsentation diente zudem als Generalprobe für die kommende Vorstellung ihrer Wünsche, Forderungen und Ideen im Rathaus. Der Kreativität bei den Präsentationsformen waren keine Grenzen gesetzt. Ihre Vorträge wurden in Tanz- und Rapdarstellungen oder in Filmen und gut formulierten Redebeiträgen dargestellt. Anschließend wurde die Ausstellung der gesamten Arbeitsergebnisse der Jugendkonferenz im Rathaus aufgebaut.

»König Alexander« verliest Projektideen zur Straßensozialarbeit

Präsentation im Rathaus

Am 11. Juli 2008 präsentierten die Delegierten aus den einzelnen Einrichtungen ihre Ideen, Wünsche und Forderungen im überfüllten Plenarsaal der Bezirksversammlung des Bergedorfer Rathauses. Anwesend waren Vertreter/innen aus der Kommunalpolitik und Verwaltung, Presse, Bürger/innen und alle beteiligten Jugendlichen aus den Einrichtungen. Die Veranstaltung moderierte Jörg Kowalczyk vom ikm gemeinsam mit Vertreter/innen aus dem Bezirk. Mit den Begrüßungsworten des Bezirksamtsleiters und einer kurzen Einleitung zur Jugendkonferenz begann die Veranstaltung.

Die Delegierten aus den einzelnen Einrichtungen präsentierten ihre Forderungen und überreichten diese symbolisch (in Form von Plakaten und Skulpturen) den anwesenden Kommunalpolitikern. Die einzelnen Fraktionsmitglieder stellten anschließend in kurzen Redebeiträgen ihre Einschätzung zur erlebten Präsentation dar. Abschließende Dankesworte von Seiten des Jugendamtes und die offizielle Eröffnung der Ausstellung rundeten die zweistündige Veranstaltung ab.

Alle Beteiligten wanderten anschließend durch die Ausstellung, welche über drei Stockwerke im Rathaus aufgebaut war und nochmals deutlich machte, wie die Entscheidungsprozesse der Jugendlichen in den einzelnen Einrichtungen zur Formulierung ihrer Forderungen verlaufen war. Die Delegierten stellten sich zu ihrem Ausstellungsbereich und beantworteten in Einzelgesprächen weitere Nachfragen der Kommunalpolitik, der Bürger/innen und der Presse. Anschließend war die Ausstellung im Bergedorfer Rathaus vom 8. bis 18. Juli 2008 für die Öffentlichkeit zugänglich.

Umgang mit den Ergebnissen

Die Forderungen, Wünsche und Ideen der Jugendlichen wurden in einer Drucksache zusammengefasst und dienen momentan als Vorlage für die weitere Bearbeitung in den Ausschüssen und Gremien. Um die Masse der Forderungen, Wünsche und Ideen zu strukturieren, welche die Jugendlichen aus den Zukunftswerkstätten zur Jugendkonferenz entwickelten, musste die Drucksache in mehrere Abschnitte aufgeteilt werden:

1. Aufzählung aller Forderungen

Zunächst wurden unzensiert alle Arbeitsergebnisse der beteiligten Einrichtungen ausformuliert und aufgelistet, um einen Gesamteindruck zu schaffen.

2. Beteiligungsformen der Jugendlichen

Es gab viele Ideen, Forderungen und Wünsche der Jugendlichen, die nicht einfach angenommen oder abgelehnt werden können, sondern die großen Diskussionsbedarf und den Wunsch nach Beteiligung an Prozessen in sich tragen. Daher wurden im nächsten Schritt die Vorschläge der Jugendlichen zu weiteren Beteiligungsverfahren gesammelt und zusammengefasst. Hierzu gehörten beispielsweise die Umgestaltung von Plätzen, die Verbesserung der öffentlichen Verkehrsanbindungen, aber auch eine moderierte Diskussion mit der Polizei. Wie diese Beteiligungsformen aussehen könnten, kann Beratungsgegenstand in den zuständigen Ausschüssen sein.

3. Vorlagen für die Arbeitskreise der Jugendarbeit

Der nächste Abschnitt der Drucksache umfasst Punkte, die in den Arbeitskreisen der Jugendarbeit bearbeitet werden müssen, bevor sie beispielsweise als Anträge weiter an die Ausschüsse der Bezirksversammlung konkret formuliert und eingereicht werden können, wie z. B. der Wunsch nach Jugendkulturveranstaltungen oder die Einrichtung einer Jobbörse.

4. Direkte Forderungen an die Einrichtungen und Schulen

Daraufhin folgen die Vorschläge für Anträge, die an die einzelnen Jugendeinrichtungen gestellt und konkretisiert werden können, wie z. B. eine Erweiterung der Öffnungszeiten, Änderung bestimmter Hausregeln, Verbesserung der Schulkantine und Ähnliches.

5. Konkrete Anträge an den Bezirksausschuss

Der letzte Teil der Forderungen in der Drucksache umfasst konkrete Einzelanträge an die verschiedenen Ausschüsse der Bezirksversammlung, so z. B. dem Antrag auf Beleuchtung an einer Straße, die Reparatur eines Tors auf einem Fußballfeld, die Ausbesserung dokumentierter Schäden an einer Skateranlage, das Aufbauen von Fahrradständern und den Bau eines Grillplatzes mit beschriebenem Umfang und Stellplatz.

Das Nachtreffen mit den Politikern

Im Herbst 2008 ist eine weitere Veranstaltung mit den Delegierten aus den Jugendeinrichtungen und Vertreter/innen aus der Kommunalpolitik und Verwaltung geplant.

Auf dieser Veranstaltung soll über die ersten Umsetzungen der Vorschläge aus der Jugendkonferenz berichtet werden. Gespannt warten wir auf die ersten Entscheidungen der Kommunalpolitik. Sicherlich werden nicht alle Ideen realisiert werden können, dennoch werden alle Anfragen behandelt und bewertet werden, damit die Jugendlichen über die Entscheidungen und über das weitere Vorgehen informiert werden können. Die Jugendlichen wissen, dass einige Projekte länger dauern, einige zur Zeit nicht machbar sind. Aber sie erwarten auch, dass einige ihrer Ideen und Forderungen tatsächlich erledigt werden.

(Eine ausführliche Dokumentation der Jugendkonferenz Bergedorf 2008 ist zum Jahresende über das ikm zu erhalten.)

Info

Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation

Das Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation e.V. (ikm) ist ein gemeinnütziger Verein, der Weiterbildung im Bereich Gewaltprävention, Zivilcourage, Partizipation, Streitschlichtung, Konfliktaustragung und Mediation für die Bereiche Schule, außerschulische Jugend- und Stadtteilarbeit, sowie Arbeitswelt und Familie anbietet.

ikm | An der Alster 40 | 20099 Hamburg |
T. (040) 28 00 68 52 | info@ikm-hamburg.de
www.ikm-hamburg.de

Serie: Die WirkungsStätten

Die Jugendverbände in Hamburg stellen vielfältige Freizeitprogramme auf die Beine: Von wöchentlichen Gruppenstunden bis zu wochenlangen Ferienfreizeiten. punktum stellt in dieser Serie einige der WirkungsStätten vor, wo all das geplant und gelebt wird. In dieser Ausgabe stellen wir die BUNDjugend im Haus der BUNDten Natur am Rande des Eppendorfer Kellinghusenparks vor.

© Christian Kahlstorff (s. 16 – 18)

»... und jetzt noch die Erde retten!«

Ein Besuch bei der BUNDjugend Hamburg

Von Christian Kahlstorff, Hamburg

Ein unauffälliges Haus im Eppendorfer Kellinghusenpark soll der Treffpunkt sein. Wer würde argwöhnen, dass hier jeden Donnerstagabend ein konspiratives Treffen stattfindet? Und ist es nicht genau deswegen das perfekte Hauptquartier? Hinter dem kleinen Teich, um den Hundebesitzer der Gegend spazieren gehen, dort hinter dem zugewachsenen Zaun, zwischen den Bäumen versteckt sich ein Reetdachhaus – mitten in Hamburgs feiner Wohngegend. Ein Eingang ist nicht zu erkennen, nur ein halbzugewachsener Weg, der um das Haus herum führt. Ein einsames Fahrrad steht im überwucherten Garten, den Rest hat sich die Natur erobert – was ganz im Sinne der Besitzer zu sein scheint. Und hier auf der Rückseite ist auch der Eingang. Im Flur erklären Plakate die Rangstruktur innerhalb des Verbandes – vom jungen Frosch über den alten Hasen bis zum Dinosaurier, je nach Zugehörigkeitsdauer. Aus dem Versammlungsraum hört man rhythmisches Klatschen und Klopfen zu leisem Gesang. Hier schwört sich eine Gemeinschaft ein, der es ernst ist. Es geht nicht um viel; es geht um alles: Diese Gruppe will die Welt verändern!

Wer jetzt Angst bekommen hat vor radikalen Öko-Terroristen – dem sei gesagt: Diese jungen Menschen wollen friedlich Leben retten – dafür aber gleich das des ganzen Planeten! In Zeiten globaler Bedrohungen unserer Umwelt scheint das nur konsequent. Das Motto der BUNDjugend lautet nämlich: »... und jetzt noch die Erde retten!« Katrin Mehrer, BUND-Beauftragte hier im »Haus der BUNDten Natur« in Eppendorf, stellt jedoch klar, dass es hier zwar um die Veränderung des Planeten aber eben auch um Aktionen geht, die den Menschen erst einmal bewusst machen, was um sie herum passiert. »Umweltschutz ist ein schleichender Prozess«, erläutert sie bei der Führung durch das alte Gebäude. Neben einem Büro, das gleichzeitig Küche ist, gibt es einen großen Raum und einen Dachboden, der als Lager dient. Der Versammlungsraum mit den zusammengestellten Tischen ist Planungsbüro, Spielzimmer und Materialsammlung in einem. In jeder Ecke finden sich Andenken oder Plakate vergangener oder aktueller Aktionen. Auch der Garten offenbart auf den zweiten Blick mehr als gedacht: Ein Dutzend Baumstümpfe dienen als Sitzgruppe für Besprechungen bei gutem Wetter, mehrere Aufbauten zeigen Experimente oder Schaukästen für die Kindergruppen, die jeden Tag in der Woche im Haus mit großer Begeisterung in »naturbezogener Umweltpädagogik« unterrichtet werden. Die regelmäßigen Projekte und Mitmach-Werkstätten können sich vor Anmeldungen kaum retten und haben lange Wartelisten. »Aufgrund der Räumlichkeiten kann leider nur eine begrenzte Anzahl Schulkinder hierher kommen«, bedauert Katrin die Kapazitätsgrenzen, »meist aus der näheren Umgebung«. Oft müssen die Kinder den Bezug zur Natur erst wieder lernen. »Nur was ich kenne, kann ich schützen« lautet ein Spruch der Betreuer, die sich aus Ehrenamtlichen, Jugendlichen und jungen Menschen im Freiwilligen Ökologischen Jahr zusammensetzen. Die Jugendlichen der BUNDjugend kommen aus ganz Hamburg.

Martin Grünwald eröffnet die Sitzung. Zusammen mit Thies Köthke und Charlotte Adler bildet er den Vorstand der BUNDjugend Hamburg. Einmal in der Woche trifft sich die Gruppe im BUNDten Haus. Martin ist 21 Jahre alt und studiert Informatik-Ingenieurwesen. Thies ist ebenfalls da, nur Charlotte fehlt. Neun Jugendliche haben sich heute versammelt. 17 Mitglieder hat die Gruppe insgesamt, zehn zählen sich zum harten Kern. So selbstironisch das Motto gewählt ist – es spielt auf die Kritik Fremder an den »Gutmenschen« und den Ober-Ökos an – so ernst ist es ihnen damit. In der Broschüre zum BUNDten Haus beschreibt der BUND seinen Jugendverband recht selbstbewusst: »In der BUNDjugend-Gruppe planen Jugendliche ab 16 Jahren eigenständig öffentlichkeitswirksame Aktionen in der Stadt sowie attraktive Jugendveranstaltungen und Ferienfahrten. Gemeinsam setzen sie sich gegen Gentechnik und Atomkraft sowie für ein bewusstes Konsumentenverhalten ein.« Ein Abend mit der Gruppe beweist, dass dies keine Übertreibung ist: Zwischen Aktionsplanungen der BUNDjugend, politischer Grundsatzdiskussion und vergnügtem Jugendtreff wechseln die Themen schneller, als der neugierige Besucher sich Notizen machen kann. Im Regal an der Wand stehen zwar Holzspielzeuge oder Brettspiele wie Ökolopoly, eine Art Öko-Monopoly, doch die Jugendlichen sind weit entfernt von dem Klischee des weltfremden Ökos oder des Theoretikers. Martin spricht für die Gruppe von »konkreten Zielen. Es geht darum, Zeichen zu setzen.«

Konsument und Mensch werden wieder eins

Hin und wieder wird der Ton durchaus offensiver: »Die Menschen in Hamburg leiden einfach noch zu wenig«, wirft Kimberley in die Runde. Kimberley studiert zur Zeit in Schottland »Renewable Energy«, doch die langen Semesterferien verlebt sie zu Hause und nimmt selbstverständlich an allen Aktionen teil. Im Moment geht es um Konsumverhalten, nachhaltiges Einkaufen und bewusste Vermeidung von Marken, welche die Globalisierung ausnutzen, um Ressourcen weltweit auszubeuten, Arbeitnehmer- oder gar Menschenrechte zu missachten und so ihre Profite zu maximieren. In der Tat spürt man im Hamburger Alltag davon noch nicht genug. Die BUNDjugend hat den alternativen Stadtrundgang »KonsuMensch« entwickelt. Das Wortspiel zeigt: Jeans, Kaffee, Turnschuhe und Essen – alles unterliegt dem globalen Handel. Und jeder nimmt daran teil: Wer sich für teure Marken-Turnschuhe entscheidet, dem soll bewusst werden, unter welchen Bedingungen diese in sogenannten Dritte-Welt-Ländern hergestellt werden. Wer Kaffee kauft, sollte sich entscheiden zwischen billigem Kaffee, der nur deshalb so billig ist, weil die Bauern ausgebeutet werden, oder fair gehandelten Produkten. Und wer im Schnell-Restaurant einen Hamburger bestellt, tut damit sicher nichts für die lokale Wirtschaft, sondern eher etwas für die Abholzung des Regenwaldes in Südamerika. Doch die Jugendlichen wollen nicht bloß mahnen. Konsumentenschelte wirkt selten langfristig. Deshalb versuchen sie, positive Beispiele zu finden und zeigen auf ihrem Rundgang »Fair Trade«-Läden und Bäckereien, die Bio-Produkte einsetzen. Dazu bekommt jeder Teilnehmer eine Broschüre in die Hand, in der konkrete Schritte zu einem bewussten Konsum beschrieben werden. Doch was hat das mit dem »Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland« zu tun? »Umwelt- ist nicht nur Naturschutz vor Ort«, sagt Martin, »es geht weit darüber hinaus«. Die Jugendlichen haben verstanden: In einer globalisierten Welt kann und muss Umweltschutz global gedacht werden.

Das nächste Thema auf der Agenda ist trotzdem ein buchstäblich nahe liegendes: das geplante Kohlekraftwerk in Moorburg. Umweltschutzverbände laufen seit dem Bekanntwerden Sturm gegen das Vorhaben Vattenfalls. Geplant ist eine gewaltfreie Besetzung der Baustelle in Moorburg im Rahmen der Kampagne Gegenstrom08. Auch die BUNDjugend will ein Zeichen setzen, doch nicht allein. Die Vernetzung der verschiedenen Gruppen ist hervorragend organisiert. Ob Attac, Greenpeace oder Robin Wood – per eMail halten die Gruppen untereinander Kontakt. Noch ein Beispiel für die gute Zusammenarbeit kann der 6. Dezember werden. An dem droht Hamburg eine »Papierflut«. In einer von Robin Wood aufgerufenen Aktion sollen Hamburger Bürger die ungewollt zugesandte Werbepost sammeln und zu einem Papierberg zusammentragen. Den Menschen soll klar werden, wie viel Papier – und damit Baumholz – dort verschwendet wird. Die BUNDjugend organisiert aber nicht nur plakative Aktionen. Auch bei kleinen Stadtteil-Festen zeigt sie Präsenz und veranstaltet Kleidertauschbörsen. So verlängert sich der Lebenszyklus von Textilien und Rohstoffe werden geschont.

Neben Martin ist auch Marcia fest entschlossen, nicht nur an den Vorbereitungstreffen für die Moorburg-Besetzung teilzunehmen. Sie ist seit rund einem Jahr dabei und gehört damit schon fast zu den alten Hasen – mal abgesehen von den Rangbezeichnungen im Flur. Kaum einer der Jugendlichen ist länger als zwei Jahre dabei; viele sind bei einer Vollversammlung des BUND vor rund einem Jahr auf die Jugendsektion aufmerksam geworden. Schon vorher unterstützten sie den BUND mit Spenden, doch die praktische Arbeit hat Umweltschutz für sie zu einem aktiven Aspekt ihres Lebens werden lassen. Marcia berichtet über das KlimaCamp08, das im August in Lurup stattfand. Neben allgemeinen Workshops zum Klimaschutz trafen sich dort natürlich auch die Verbände, die in Hamburg gegen das Kohlekraftwerk aktiv werden wollen. Kontrovers

wird über die Teilnahme der Aktion diskutiert. Die Jugendlichen sind besorgt: Wie radikal wird der Protest gegen Moorburg? Ein friedlicher Protest ist ihnen wichtig. Der Kampf um den Schutz der Natur und Umwelt darf für sie nicht zum Volkssport oder zur Bühne für Krawallmacher werden. Gesche schreibt das Protokoll der Sitzung, das später jedem per eMail zugeschickt wird. Die Lehramtsstudentin für Musik und Technik ist mit 25 Jahren eine der ältesten in der Gruppe. Alter und Beruf spielen jedoch keine Rolle: Jeder wird aufgefordert, aktiv teilzunehmen. Martin und Thies fragen immer wieder nach Meinungen aus der Gruppe, sowie nach Freiwilligen, die die Verantwortung und Koordination einer Aktion übernehmen. »Ich mag die BUNDjugend, weil sie so schön basisdemokratisch ist«, betont Kimberley später zu recht. Darüber hinaus kann die Gruppe eine komplette Eigenverantwortlichkeit für sich reklamieren: Der BUND ist zwar der Träger des Hauses der BUNDten Natur und Katrin Mehrer ist Angestellte des BUND. Sie nimmt an den Sitzungen teil, aber entscheiden können die Jugendlichen jedoch selbst darüber, für welche Themen sie sich engagieren wollen.

Castor-Behälter zum Tee

Und die sind durchaus brisant: Passend zum folgenden Punkt auf der Agenda wird neben Keksen, Tee und Broschüren ein »Castor«-Behälter gereicht! »20 Brennelemente in sicherem Kleinsttransporter« steht auf der kleinen, knallgelben Schachtel. Ein unsicherer Blick hinein offenbart Streichhölzer. Manchmal muss es eben plakativ sein, so wie das Kondom mit dem Aufkleber: »Schützt euch, der Castor kommt!« Bittere Ironie, die zum Nachdenken zwingen soll: Gegen Atom-Müll muss man etwas tun. Thies erläutert kurz die Terminplanung. Eine Unterkunft haben die Umweltschützer sicher: Thies' Eltern wohnen in Gorleben. Er ist sozusagen persönlich betroffen. Und dann widerum: Wer ist das nicht? Genau darum geht es ihnen: Die Menschen sollen sich bewusst werden, dass die Probleme der Welt jeden einzelnen etwas angehen.

Ihr starkes Sendungsbewusstsein ist mit jedem Satz hörbar. Kimberley hat den Haushalt ihrer Eltern entscheidend beeinflusst – vom Ökostrom über Energiesparlampen bis hin zum Lebensmitteleinkauf. Sie ist es auch, die zu Beginn des Abends das Licht in Flur und Büro ausschaltet, so lange sich dort keiner aufhält. Die häufig als Schimpfwort benutzte Floskel »Gutmensch« perlt an ihnen ab. »Mein Vater hält mich auch immer für einen 150-Prozent-Öko«, gibt Martin grinsend zu, »dabei ist er selbst beim BUND.« Thies wird nebenbei gerade Film-Star der BUNDjugend – und die Sitzung letztlich noch zum Filmset. In einer eigenproduzierten Mischung aus Image-Film und Satire zeichnet die Gruppe mit viel Selbstironie einen Tag im Leben eines BUNDjugendlichen nach und gibt zwischendurch praktische Tipps. Trotz Kritik an den Medien wissen sie diese Kanäle der Öffentlichkeit durchaus für ihre Aktionen zu nutzen, zuletzt mit einem Video auf der Internetplattform Youtube, indem sie sich selbst bei einer »Konsumtempelanbetung« filmten. Ein Reporter vom Deutschlandfunk will die Gruppe nun interviewen und die Szenen von damals möglichst noch einmal nachstellen lassen. Nur für die PR eine Aktion simulieren? Was ist denn die These seines Beitrags? In welchem Kontext steht er? Der Kollege vom Radio sollte sich gut vorbereiten auf eine Diskussion mit den Jugendlichen.

Basisdemokratie kann mühsam sein – es wird spät. Doch es geht schließlich um ernste Themen. Gesche fasst ihre Lebenseinstellung für die Gruppe zusammen: »Wir müssen so leben, dass auch die nächsten Generationen auf dieser Erde leben können!« Wahre, aber sehr ernste Worte zum Abschluss. »Naja, aber ich bin auch hier, weil ich euch alle lieb habe«, ergänzt sie schnell. Das fröhlich-zustimmende Gelächter ist selbst draußen im Garten noch zu hören, wo die Pflanzen des Parks plötzlich viel präsenter erscheinen – trotz der Dunkelheit. Schließlich doch ein versöhnlicher Abschluss: Warum sollten Weltretter nicht auch gute Freunde sein?

Info

BUNDjugend Hamburg

Haus der BUNDten Natur | Loehrsweg 13
20249 Hamburg | T. (040) 460 34 32
www.bundjugend-hamburg.de
hamburg@bundjugend.de
http://vorort.bund.net/hamburg/Kinder-und-Jugendgruppen.75.0.html
Treffen: jeden Donnerstag um 19 h

Weitere Kinder- und Jugendgruppentermine:
Montag | 16 – 18 h | 7 – 10 Jahre
Dienstag | 16 – 18 h | 7 – 10 Jahre
Mittwoch | 16 – 18 h | 6 – 9 Jahre
Donnerstag | 16.30 – 18 h | 10 – 14 Jahre
Donnerstag | 16.30 – 18 h (vierzehntägig)
6 – 7 Jahre (vierzehntägig)
Samstag | 10.30 – 12.30 h | 6 – 10 Jahre
Samstag | 10.15 – 15 h | Jugendgruppe (monatlich)

Video zur Konsumtempelanbetung:
www.youtube.com
(Suchbegriff: »Konsumtempelanbetung«)

Land in Sicht!
AGfJ-Veröffentlichung zur Leitbildentwicklung im Jugendverband

Unter dem Titel »Land in Sicht! Die Leitbildentwicklung – Ein Instrument der Qualitätsentwicklung im Jugendverband« hat die Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände (AGfJ) ein Buch veröffentlicht, das ehren- und hauptamtliche Aktive in den Jugendverbänden dazu ermuntern soll, sich mit dem Leitbild und dem Selbstverständnis des eigenen Verbandes auseinander zu setzen sowie in diesem Zuge die Frage nach den Werten und Zielen im Verband immer wieder aufs Neue zu stellen.
»Land in Sicht!« informiert umfassend über die theoretischen Hintergründe der Leitbildentwicklung und verdeutlicht den praktischen Nutzen, den diese für Jugendverbände haben kann durch Beispiele und Interviews mit Hamburger Jugendverbänden (AGfJ, Evangelische Jugend Hamburg, Pfadfinder- und Pfadfinderinnenbund Nord und Jugendfeuerwehr).
Möglicherweise gibt dieses Buch den Anstoss, sich einmal selbst mit dem eigenen Jugendverband auf den Weg zu machen, ein eigenes Leitbild (neu) zu formulieren. Ein sehr praxisnaher Leitfaden zur Entwicklung eines Leitbildes lädt hierzu ein.
Kernthese des Autors Jan Jetter, dem Bildungsreferenten der AGfJ, ist, dass das Selbstverständnis oder das Leitbild eines jeden Jugendverbandes das größte »Pfund« ist, das diese besitzen.
Ein bewusster Umgang mit den eigenen Werten und Vorstellungen kann demnach die eigene Außendarstellung verbessern, die Unverwechselbarkeit des eigenen Verbandes deutlicher herausstellen und dazu beitragen, die Projekte und Angebote zielgerichteter zu entwickeln. Das Leitbild ist die »Visitenkarte des Verbandes«.
Das Buch ist für 10 € im Buchhandel zu erwerben.

»Land in Sicht! Die Leitbildentwicklung – Ein Instrument der Qualitätsentwicklung im Jugendverband«
Jan Jetter und Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände in Hamburg (Hrsg.),
Books on Demand
ISBN 978 – 3 – 8334 – 4431 – 9

Meldungen »Alternative Stadtrundfahrten«

»NS-Zwangsarbeit – und die Vermittlung dieses Themas an Jugendliche«
(Fortbildung vom 14. – 16. November 2008)
Während des Zweiten Weltkriegs wurden in fast allen Wirtschaftsbereichen des Deutschen Reichs (in der Industrie, in mittelständischen Unternehmen ebenso wie in der Landwirtschaft) ausländische Kräfte zur Arbeit gezwungen. Es handelte sich dabei um Zivilisten, um Kriegsgefangene und um KZ-Häftlinge. Ihre Gesamtzahl wird auf 13,5 Millionen geschätzt.
Männer wurden ebenso zur Schwerstarbeit gezwungen wie Frauen, und viele der zwangsweise nach Deutschland Verschleppten waren nicht einmal volljährig (also unter 21 Jahren).
Mit der NS-Zwangsarbeit und der Frage der Vermittlung dieses Themas an Jugendliche werden sich vom 14. bis 16. November die Alternativen Stadtführer/innen des Landesjugendrings Hamburg sowie des Stadtjugendrings Stuttgart befassen. Eingeladen sind zudem weiteren Kollegen/innen, die ebenfalls im Bereich der politisch-historischen Jugendbildung zum Thema »Nationalsozialismus« aktiv sind.

Einladung an Jugendliche mit Migrationshintergrund
Um nicht nur über, sondern vor allem mit Jugendlichen über das Thema »NS-Zwangsarbeit« ins Gespräch zu kommen, laden wir junge Menschen (bis 27 Jahre) ein, sich unserer Fortbildung am Samstag, den 15. November 2008, anzuschließen. Besonders interessieren würde uns hierbei die Perspektive von Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Die Teilnahme ist kostenlos. Um vorherige Anmeldung wird gebeten bei: Maren Riepe, Tel. 317 96 114 oder info@ljr-hh.de

Das Programm Samstag, 15. November 2008
- ***10.00 Uhr*** Treffen vor der Ausstellung »Mobilisierung für die Kriegswirtschaft: KZ-Zwangsarbeit in der Rüstungsindustrie« *(KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Jean-Dolidier-Weg 75, Hamburg)* Führung durch die Ausstellung von Dr. Frederike Littmann und Dr. Hermann Kaienburg
- ***12.30 Uhr*** Mittagessen im Speisesaal *(Steinhaus 1 der KZ-Gedenkstätte Neuengamme)*
- ***13.30 Uhr*** eigenständiger Besuch der KZ Gedenkstätte Neuengamme
- ***15.30 Uhr*** Vortrag von Ulla Kux von der Stiftung »Erinnerung, Verantwortung, Zukunft« über Erinnerungspädagogik in der Einwanderungsgesellschaft
- ***17.00 Uhr*** voraussichtliches Ende

TerminTicker

26.09.2008 | 15.00 – 19.00 h
Fachtag: Jugendverbände – aktiv gegen Rechts
Stintfang | Alfred-Wegener-Weg 3 | 20459 Hamburg
Veranstalter: Landesjugendring Hamburg
T. (040) 317 96 114
Info: www.ljr-hh.de/data/aktuelles/sonderveranstaltung

6.10.2008 | 18.00 h
Jugendhilfeausschuss Altona
Rathaus Altona | Kollegiensaal | Platz der Republik 1 | 22765 Hamburg

13. – 19.10.2008
JuLeiCa-Kurs der Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände
Tagungshaus Bahnhof Göhrde | Wendland
Veranstalter: Arbeitsgemeinschaft freier Jugendverbände
Info: www.agfj.org | T. (040) 78 89 76 30

29.10.2008 | 18.00 h
Jugendhilfeausschuss Hamburg-Nord
Haus der Jugend | Manshardtstraße | Manshardtstraße 24 | 22119 Hamburg

7. – 9. und 21. – 23.11.2008
LJR-Ausbildung zum/r Jugendleiter/in
Niels-Stensen-Haus | Billeweg 32 | 21465 Wentorf
Veranstalter: Landesjugendring Hamburg
T. (040) 317 96 114
Info: www.ljr-hh.de/data/seminare/leiter.php

Anzeige

Der Spaß am Job, ein perfekter Arbeitsablauf und ein gelungenes Produkt sind für uns Motivation genug, jeden Tag kompetent und engagiert Ihre Aufträge umzusetzen.

Nehr Offsetdruck Media
Antonie-Möbis-Weg 3 · 22523 Hamburg
Telefon 040 / 57 19 73-0 · Telefax 040 / 571 09 62

Bertini-Preis 2008

Lass' Dich nicht einschüchtern!

Preise im Gesamtwert von € 10.000,-

Der Bertini-Preis wird an junge Menschen verliehen, die sich für ein solidarisches Zusammenleben in Hamburg engagieren. Er unterstützt Projekte, die gegen die Ausgrenzung von Menschen in dieser Stadt eintreten. Er fördert Vorhaben, die Erinnerungsarbeit leisten und die Spuren vergangener Unmenschlichkeit in der Gegenwart sichtbar machen. Er würdigt junge Menschen, die ungeachtet der persönlichen Folgen couragiert eingegriffen haben, um Unrecht, Ausgrenzung und Gewalt von Menschen gegen Menschen in Hamburg zu verhindern.

Zu gewinnen gibt es Preise im Gesamtwert von € 10.000,-

Teilnahme

Die Ausschreibung richtet sich an alle jungen Hamburgerinnen und Hamburger ab 14 Jahre. Sie können sich einzeln, als Gruppe oder mit ihrer Schulklasse mit ihrem Vorhaben um den BERTINI-Preis 2008 bewerben oder von Dritten für ihr couragiertes Eintreten gegen Unrecht, Ausgrenzung und Gewalt von Menschen gegen Menschen in dieser Stadt für die Auszeichnung mit dem BERTINI-Preis 2008 vorgeschlagen werden.

Bewerbung

Voraussetzung für die Bewerbung um den BERTINI-Preis 2008 ist eine ausführliche Dokumentation des Vorhabens. Es ist keine bestimmte Form für die Abfassung der Dokumentation vorgeschrieben. Das Vorhaben muss zum Zeitpunkt der Bewerbung nicht abgeschlossen sein, es soll aber so weit fortgeschritten sein, dass eine Beurteilung durch die Jury möglich ist.

Vorschläge

Wer einen Hamburger oder eine Hamburgerin im Alter von 14 bis 21 Jahren für ihr bzw. sein couragiertes Eintreten gegen Unrecht, Ausgrenzung oder Gewalt von Menschen gegen Menschen in dieser Stadt für die Auszeichnung mit dem BERTINI-Preis 2008 vorschlagen möchte, teilt der Jury den Vornamen, Namen und die Anschrift der oder des Vorgeschlagenen unter Beifügung einer schriftlichen Begründung des Vorschlags mit.

Die Jury

Ihr gehören alle Mitglieder des »BERTINI-Preis e.V.« an, das sind zurzeit: Ralph Giordano, Michael Reichmann, Ulrich Vieluf, Axel Zwingenberger, je ein Mitglied der SchülerInnenkammer, der Elternkammer und der Lehrerkammer sowie je eine Vertreterin bzw. ein Vertreter folgender Institutionen, Organisationen und Unternehmen: Absalom-Stiftung der Freimaurer, Arbeiter-Samariter-Bund, Behörde für Schule und Berufsbildung, BürgerStiftung Hamburg, Easynet, Ernst Deutsch Theater, Freimaurerloge Roland, Hamburger Abendblatt, Hamburger Sparkasse, Kirchenkreis Alt-Hamburg, Landesjugendring Hamburg, McCann Erickson, Norddeutscher Rundfunk.

Die Jury entscheidet über die Aufteilung des Preisgeldes. Sie kann die Gesamtsumme staffeln. Die Entscheidung der Jury ist endgültig und rechtlich nicht anfechtbar. Die Bewerberinnen und Bewerber bzw. die Personen, die einen Jugendlichen für die Auszeichnung vorschlagen, erklären sich bereit, bei Bedarf ihren Beitrag bzw. ihren Vorschlag der Jury zu erläutern.

Fragen zum BERTINI-Preis

Ihr Ansprechpartner für Fragen und weitere Informationen rund um den BERTINI-Preis 2008 ist:
Andreas Kuschnereit | T. (040) 428 63 - 29 31
andreas.kuschnereit@bsb.hamburg.de

Einsendeschluss

Bewerbungen um den BERTINI-Preis 2008 bzw. Vorschläge für die Auszeichnung einer Hamburgerin oder eines Hamburgers mit dem BERTINI-Preis 2008 sind bis zum 14. November 2008 mit dem Formular im Ausschreibungsmagazin (www.bertini-preis.de/index.php/file/download/119) zu richten an:
Andreas Kuschnereit, Behörde für Schule und Berufsbildung
»BERTINI-Preis 2008« | Hamburger Straße 31 | 22083 Hamburg

Infos: www.bertini-preis.de